

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Eine kommunistische (Partei-) Zeitung feiert sich selbst. Eindrücke vom 18. uz-Pressfest der DKP in Dortmund



Zehntausende feierten mit der DKP“, so lautete die eigene optimistische Schlagzeile in der uz vom 4. Juli 2014, eine Woche nach der Großveranstaltung im Revierpark Wischlingen in Dortmunds Westen. Vom größten linken Kulturfest ist die Rede, vom traditionellen Treffen „Linker unter Linken“ (*junge Welt*). Lassen wir die genaue Zahl der BesucherInnen mal außer Acht. Nach diesmal drei statt wie üblich zwei Jahren Pause gab es Ende Juni an drei Tagen wieder das große Pressfest der Sozialistischen Wochenzeitung *unsere zeit* der DKP mit mehreren Tausend Teilnehmenden.

uz als Partei-Organ und Forum

Was oder wer wurde da eigentlich genau „gefeiert“? Eine linke politische Partei-Zeitung kommunistischer Richtung (die die Konkurrenz durch die *Rote Fahne* der MLPD nicht fürchten muss), die es geschafft hat, dieses Jahr im 46. Jahrgang zu erscheinen. Als Chefredakteurin fungiert seit 2012

Nina Hager (Jg. 1950), stellvertr. DKP-Parteivorsitzende und Tochter des letzten für Fragen der Ideologie und Programmatik zuständigen Sekretärs im Politbüro des ZK der SED, Kurt Hager. Für manche (der Verfasser nicht ausgenommen) ist die *uz* (Auflage lt. eigener Angabe 2012 bei 6.000) neben ihrem kommunistischen Profil eine echte und günstige Alternative zu für sie kaum erschwinglichen linken Tageszeitungen wie *junge Welt*, *Neues Deutschland* oder *die tageszeitung (taz)*. Sie bietet auf jeweils 16 Seiten (= 48 i. Monat) aktuelle Infos und Berichte aus

der herrschenden Weltordnungsrealität, über wichtige wochenpolitische Ereignisse und Entwicklungen, liefert dazu auf achtbarem Niveau sowohl Analyse-, Kommentar- als auch Dokumentarbeiträge, hat fotografisch illustrierende Qualität und widmet sich auch engagiert kulturellen Themen. Dabei hält sie ihr ideologisches Profil als Partei-Organ in etwa in der Waage mit dem Merkmal, auch Forum sein zu können für alle jene, die sich mit einer kommunistischen Weltanschauung identifizieren, ohne gleich

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

uz-Pressfest in Dortmund	S. 1
Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75	S. 9
Hiroshima, 6. Aug. 1945...	S. 17
Die Legende vom deutschen Oktober 1923	S. 22
Rezensionen:	
Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert	S. 26
Granin auf Reisen – Wohin?	S. 27

In eigener Sache

Nahezu übereinstimmend konstatiert zur Zeit die bürgerliche Presse: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ In Wirklichkeit ist sie längst aus den Fugen geraten. Es ist nur so, dass dies nun geballt zutage tritt, da ökonomische Krisen und politische Krisen zusammentreffen und ein gefährliches Stadium durchlaufen. Der Westen will den Status quo im russischen Einflusssbereich noch entschiedener als bisher in Frage stellen und Rußland zur bloßen Regionalmacht zurückstufen.

Der ganze Nahe Osten ist im Umbruch. Die Landesgrenzen und die Staatlichkeit drohen immer mehr zu zerfallen, nicht nur im Bezug auf den Irak und Syrien. Die NATO-Staaten reagieren aggressiv, doch sie sind geschwächt durch ihre Systemkrisen. Die Finanz- und Verschuldungskrisen sind nur übertüncht, die Gefahr der wirtschaftlichen Stagnation breitet sich aus. Auch in der EU kracht es im Gebäck, die Krisen nehmen zu, wie auch die Dissonanzen in dem „Sonderbündnis“ Deutschland und Frankreich. Der ökonomische Konkurrenzkampf zwischen den angeschlagenen Giganten USA und den EU-Ländern hat eine neue Schärfe erreicht, bei der die politischen Entfremdungserscheinungen zunehmen. Es kann allgemein nur gehofft werden, dass die Irrationalität in Grenzen bleibt. Das NATO-Manöver in der Westukraine und die US-Kriegsschiffe im Schwarzen Meer deuten leider in eine andere Richtung. Die deutsche Regierung entblödet sich nicht, in der Ukraine mindestens symbolisch dabei zu sein, wie auch mit den Waffenlieferungen an die Kurden, die längst von anderen NATO-Staaten versorgt werden.

Wie Bush nach dem verheerenden Angriff auf die New Yorker Türme 2001, so benutzt nun die Obama-Regierung, unterstützt von der Medien-Meute, unter deren Anprangern, die grausame Kriegsführung und die quasi öffentliche Hinrichtung von Geiseln der islamischen Kalifatskämpfer (IS), Zustimmung zu einer neuen Kriegsperiode gegen den Terrorismus zu erhalten und andere Staaten auch für die Bodenkämpfe zu gewinnen. Die eigenen Grausamkeiten und Verbrechen, wie z.B. die Morde mit den US-Drohnen, finden natürlich keine Erwähnung. Wie war das eigentlich mit Vietnam?!

Wir haben in den beiden letzten Hefen der „Arbeiterstimme“ den Ukraine-Konflikt mit mehreren Artikeln bereits behandelt und werden die Diskussion darüber auf der kommenden Jahreskonferenz der Gruppe fortsetzen. Zur Problematik des Krieges gegen den „IS-Terrorismus“ müssen wir auf die nächste Nummer verweisen, um das entsprechende Referat auf der Oktoberkonferenz wiedergeben zu können.

Während viele linke Zeitschriften sich mit dem I. und II. Weltkrieg beschäftigen, waren Jubiläumsartikel zur „Nelkenrevolution“ in Portugal kaum vertreten. Ob das wegen einer Abneigung eigener (schwieriger) Wertung unterblieb, wissen wir nicht. Wir jedenfalls behandeln das Thema in einem umfangreichen Artikel in zwei Teilen. Der erste Teil ist in dieser Ausgabe ab Seite 9 zu lesen; den zweiten Teil werden wir in der nächste Arbeiterstimme abdrucken.

Ein Genosse nahm am UZ-Pressesfest teil, das gleichzeitig ein Treffen für an-

dere sozialistische und kommunistische Teilnehmer war. So wird es auch als ein Spiegelbild linken Diskussionsstandes und Kooperationswillens oder -unwillens geschildert. Viele aufschlußreiche Referate werden zumindest den Aktivistinnen in der Partei, aber auch manchen Linken, den Rücken gestärkt haben. Die Bilder für den Artikel bekamen wir freudlicherweise von Karl-Reiner Engels.

Wir berichten auch von einer Veranstaltung in Bremen, anlässlich des Gedenkens an die vielen Toten des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima und drucken die Gedenkrede ab.

Mit Verspätung, aber doch nachdrücklich, wollen wir manche Veröffentlichungen kritisieren und klarstellen. Die von der angeblich „verratenen Revolution 1923“ immer noch schreiben und von angeblichen Vorgängen in der KPD und KPdSU, die lange Zeit gefälscht wurden. Wir greifen damit auf einen Artikel aus einer alten „Arbeiterstimme“ zurück, der vom Genossen U., Mitglied der damaligen Redaktion, verfaßt worden war.

Mit zwei Rezensionen beschließen wir dieses Heft: einmal ein Buch über Kossuth, „Granin auf Reisen“ von Sonja Striegnitz. Genosse Heiner Jestrabek hat Theodor Bergmanns neuestes Buch zur Familiengeschichte der Familien Bergmann-Rosenzweig rezensiert, das uns politisch und geschichtlich manches geben kann.

Wir weisen auf unsere Jahreskonferenz hin. Sie findet in Nürnberg am 25. und 26. Oktober statt. Voraussichtliche Themen sind: Gruppenbericht, „IS-Terrorismus“, Innenpolitik, Ukraine, Bericht aus GB.

Herzlichen Dank für die Spenden und Abo-Zahlungen. Wir sind auch weiterhin darauf angewiesen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Mitglied der DKP werden oder sein zu wollen. Diesen offen zugänglich angelegten Charakter sollte sich die uz auch künftig bewahren, will sie einen Beitrag dazu leisten, interessierte Menschen auf kommunistische Inhalte und Positionen aufmerksam zu machen, wie die DKP sie programmatisch vertritt und so mobilisierend zu wirken.

Pressefest, ein Kraftakt

Der zweijährige Turnus nach 2011 war diesmal nicht einzuhalten, weil 2013 auch der 20. Parteitag stattfand, zwei solche Großveranstaltungen konnte auch die früher finanziell noch besser ausgestattete, schwächelnde DKP nicht mehr gleichzeitig im selben Jahr stemmen. Ohnehin ist es erstaunlich, wie mit den gerade mal noch etwa 3.000 Parteimitgliedern (P. Köbele, Parteivorsitzender, gegenüber jW), darunter viele deutlich über 60 und 70, eine solche mehrtägige Veranstaltung in dieser Dimension im Vorfeld organisiert und durchgeführt werden kann. Allein die Miete für das grüne Parkgelände am künstlichen See samt überdachter Eishalle soll 210.000,- Euro betragen haben. Das war allein aus dem Verkauf der "freiwillig" zu erwerbenden Eintrittsbuttons zu je 5,- Euro nicht zu bestreiten. Vor dem Fest hatte man sich deshalb ein aus Spenden zu erbringendes minimales Limit von 30.000,- Euro als Voraussetzung für einen Austrag der Veranstaltung gesetzt, das dann laut uz-Bericht weit übertroffen wurde. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, mag man sich gedacht haben und so fiel die Entscheidung für das diesjährige Fest aus. Freilich ist dann immer noch eine Kostendeckung nicht vorstellbar ohne die Zuschüsse aus den einzelnen Bezirken/Landesverbänden und manch großzügig unterstützende Zuwendungen privater Spender und Freunde der Partei. Nun, wie auch immer, es war wieder mal mit der tatkräftigen Unterstützung vieler Mitglieder und fachlich versierter HelferInnen geschafft worden. Bei

manchen Verbänden reichte es allerdings nicht mehr für einen eigenen Auftritt und so tat man sich zusammen beim Programm und den Essens- und Getränkeangeboten im gemeinsamen Zelt wie im Fall der Hessen und Baden-Württemberger. Schwäbische Maultaschen und verdauungsstrapazierender hessischer Handkäs' mit Musik waren damit garantiert.



"Wein, Wurst, Widerstand" (uz-Programmüberschrift zur DKP Saarland/Rheinland-Pfalz)

Für nicht wenige ist das Pressefest in erster Linie Kultur- und Musikfest, Massenspektakel, Gelegenheit zum Widersehen mit Freunden und GenossInnen, Anlass, miteinander zu sprechen und sich auszutauschen in anderem lockerem Rahmen als dem arbeitsintensiven eines stressigen Parteitages. Das gibt diesem linken Treffen auch seinen besonderen ungezwungenen Reiz und Charakter und lädt auch mal eher Parteiferne zum interessierten Kommen ein. Der bunte vielgestaltige Kultur- und Volksfestcharakter (das Ganze hatte etwas von einem politischen "Feldlager") mit zahlreichen Getränke- und Verpflegungstheken am Weg, oft gut besetzten Bänken an Tischen vor einladend offenen Zelten (wenn's mal nicht regnete), international kulinarischem, Lostombola, Kinderfest der Roten Peperoni, Filmvorführungszelt, großem Bücher- und Kunstbasar mit Gemälde/Objekte-Auktion in der Eishalle, AutorInnenlesungen zu Buchervorstellungen (u.a. die Ex-Grüne Jutta Ditfurth mit Familienbiografischem,

die frz. kommunistische Feministin Florence Herve mit ihrem Buch über das Oradour-Massaker der deutschen Wehrmacht und SS in Frankreich), antiquarischen Büchertischen unter Zelten u.v.m. war unübersehbar, unüberhörbar und riechbar. Immer wieder stachen einem Schwaden von Braten- und Grilldüsten in Nase und Augen und schwappten Lautsprecher-

wellen übers Gelände, störten sich z.T. gegenseitig. Auch Seltenes gab es zwischendurch zu bestaunen: so die kleine Schalmeienkapelle Schwäbisch Hall, die am Samstagmittag instrumental zu traditionellen und modernen Arbeiterliedern aufspielte. Die mehrtönige, 5- bis 16-hörnige Signaltrompete (auch Martins-Trompete genannt, wovon sich das bekannte Martinshorn ableitet), die ähnlich wie eine Oboe oder

orientalische Flöte klingt und wie eine Bündelung von unterschiedlich großen Hupen aussieht, fand in den 1920er Jahren u.a. Verwendung bei Demonstrationen und Veranstaltungen der Arbeiterbewegung, weshalb sie ab 1933 von den Nazis verboten wurde. Traditionell natürlich auch die internationale Präsenz, allen voran das immer noch größte Zelt der Casa Cuba, wo es neben politischen Diskussionen, Besuchen hochkarätiger politischer Repräsentanten Kubas in der BRD, Filmen und Musikauftritten zu flotten Folklorerhythmen auch die obligatorischen scharfen Karibikcocktails zu probieren gab, die im auf Umsatz zielenden Massenausschank (1 x ca. 0,3l Cuba libre mit viel Eis für 4,50 Euro) wenig sensationell schmeckten.

Politisch' Lied gar garstig Lied?

Udenkbar dieses Pressefest ohne anspruchsvolles Musik- und Kulturprogramm gemäß dem Anlass mit viel Raum für das politische und Arbeiterlied. Sei es nun im bedächtig professionellen Vortrag wie vom Osnabrücker Liedermacher Achim Bigus (im Zelt der Niedersachsen und

Bremer) oder von der ungestümen Art des Kölner Originals Klaus der Geiger, der auf der Freiluftbühne der Rheinländer ("Komm Rhein") mit vertraut gröhrender Stimme seine bekannt anarchischen Spott- und Schmählieder mit erwarteter wildem Violinspiel über Herrschende und bourgeoise Klasse ausgoss. Gleich im Anschluss daran berichtete ein Mitglied der SSH - Sozialistische Selbsthilfe Mülheim über den Alltag und die Arbeit in einem der ältesten linken Alternativprojekte im rechtsrheinischen Kölner Stadtteil Mülheim. Kai Degenhardt, multiples Gesangs- Ton- und Musikertalent (manche sehen in ihm den "Retter des politischen Liedes", Süddeutsche Zeitung), hatte neben seinen eigenen Stücken in nostalgischer Reminiscenz an seinen 2011 verstorbenen Vater und treuen Pressefestgast "Väterchen Franz" Josef Degenhardt auch einige Songs aus dessen Repertoire parat. Mit am bekanntesten vielleicht die frech-frivole Ballade von "P.T. aus Arizona vom Stamme der Apachen...", die locker erzählte Geschichte eines desertierenden GI der us-Army in "K-Town Germany", der sich vor seiner Abkommandierung nach Vietnam über "Frankreichs grüne Grenze" absetzt und bei einer Bauernwitwe als ihr neuer Liebhaber fortan Futtermais anbauend hängenbleibt (tja, welches "Schicksal" ist da von Degenhardt hintergründig angedeutet das schwerere? d.Verf.). Ein unter dem Motto von Tracy Chapmans Song "Talkin' Bout a Revolution" von jW zusammen mit der Musikzeitschrift "Melodie & Rhythmus" per vorab-Umfrage aus einer Liste von 50 ermitteltes "Top Ten der Revolutionslieder", ergab Platz eins für "Die Internationale", gefolgt von Eisler/Brechts "Solidaritätslied" und "Bella Ciao" auf Platz drei (weitere Platzierungen siehe M&R, Heft 3/14: Class War). Die Veranstalter wollten dies jedoch nicht als qualitative Rangfolge gewertet wissen, allenfalls als Beweis für den Bekanntheits- oder Beliebtheitsgrad eines platzierten Liedes. Die zehn "Beliebtesten" wurden dann von Interpreten wie Achim Bigus,

Erich Schaffner, Bernd Köhler, Frank Viehweg u.a. im jW-Zelt vorgetragen. In einer unmittelbar vorausgegangenen Veranstaltung an gleichem Ort u.a. mit K. Wecker und der M&R-Chefredakteurin Susann Witt-Stahl war "Politisch engagierte Musik" Thema der Diskussion.



Canto General – Poem des Lebens

Nicht anders als mitreißend und begeisternd, und das nicht nur wegen der stehenden Ovationen des etwa 300-köpfigen Publikums nach rund zweistündigem Konzert, war die neue Präsentation des berühmten "Großen Gesangs" des chilenischen Dichters Pablo Neruda (1904-1973) erstmals in deutscher Sprache und Bearbeitung für drei Stimmen sowie Keyboard, Querflöte und Gitarre. Das selbstredend aus "Karl-Chemnitz-Stadt" kommende, schwäbische Maul-taschen liebende Trio Quijote (Musik gegen Windmühlen) - eine Frau, zwei Männer - stellte damit seine eigene Interpretation des kongenial von Mikis Theodorakis während seines chilenischen Exilhaftes zu Zeiten der griechischen Militärdiktatur vertonten Dichtertextes vor. Normalerweise wird der Canto von mehrstimmigen Chören unter orchestraler Begleitung gesungen, am bekanntesten vielleicht ist die Konzertaufnahme mit der griechischen Sängerin Maria Farantouri. Aber was die drei kreativen Chemnitzer mit ihren künstlerischen Mitteln sehr gekonnt boten, stand dem trotz des etwas zu aufgedrehten Lautsprechertunings in nichts nach. Die drei hätten ungeachtet schlechter Raumakustik auch ohne Mikros gut hörbar klasse gesungen und gespielt! Es gab sogar noch eine Eigen-

komposition als Zugabe, die im tonalen und inhaltlichen Stil des Canto eine politische Vision für die Zukunft entwirft.

Wie wohl kaum ein anderes literarisches Zeugnis - außer vielleicht jenen von E. Cardenal oder E. Galeano - verkörpert der Große Gesang in hunderten von freien lyrischen Versen die politische und Naturgeschichte des lateinamerikanischen Kontinents, angefangen von der spanisch-portug. Conquista und Zerstörung indigener Kulturen, über die Nationenbildung und Unabhängigkeitskämpfe des 19. Jahrhunderts bis zu den revolutionären Erhebungen und Diktaturen des 20. Jahrhunderts. In starken mythisierenden Bildern beschreibt der nur wenige Tage nach dem Militärputsch in Chile verstorbene Neruda in seinem Poem überdies die magischen Symboliken von Pflanzen, Tieren und Landschaften Südamerikas. Wo, wenn nicht bei einem solchen Fest einer kommunistischen Linken hat dieser einmalige Canto General seinen gebührenden Platz! Das Trio Quijote will seine Canto-Bearbeitung demnächst auch auf CD anbieten (am Besten als Live-Aufnahme!). Dem leidenschaftlich gesungenen und gespielten Canto gelingt es mitunter sogar, einen mit seiner mal kraftvoll, mal zärtlich anklingenden melodischen "Gewalt" innerlich zu erschüttern und zu Tränen zu rühren. Es sind immer wieder solche tief ins empathische Gemüt eingehenden ästhetischen Erlebnisse in Verbindung mit aussagekräftigen Inhalten, aus denen Kraft geschöpft und Zuversicht gewonnen werden kann für das eigene aktive Wirken für eine grundlegende soziale und politische Veränderung. Erfahrungen, die neben jeder ideologischen Bildung Geist und Seele begleitend stärken.

Konstantin Wecker und Freunde im Hauptprogramm

Wie um dies auch aus der anderen Sicht des Künstlers zu bestätigen, bekennt Konstantin Wecker im Interview freimütig: "Mein Publikum bewahrt mich davor zu verzweifeln". (junge

Welt v. 28./29.6.14). Nicht zum ersten Mal beim uz-Pressesfest und nicht zu aller Begeisterung traten Konstantin Wecker & Band zusammen mit einer der letzten bekannten Überlebenden des "Mädchenorchesters von Auschwitz" und Akkordeonistin, Esther Bejarano (Jg. 1924) und der Gruppe Microphone Mafia am Samstagabend beim großen Widerstandskonzert "Gegen Krieg und Krise - Gemeinsam gegen rechts!" auf der Hauptbühne auf. Über Wecker braucht man nicht viel Worte zu verlieren, entweder mag man seine engagierten Lieder und Texte oder nicht. Gegenüber junge Welt (siehe oben) gab er im Interview auch ausgiebig Auskunft über seine Motivation und Einstellung



als Liedermacher und engagierter politischer Mensch, der sich keinesfalls vereinnahmt in der Nähe zur DKP verortet sehen will: "Dass ich beim uz-Pressesfest spiele - und das seit langer Zeit - ist auch ein Zeichen meinerseits. Ich bin kein Kommunist, ich bin nie in der DKP gewesen, sondern fühle mich nach wie vor eher dem Anarcholager verbunden" (jW, ebd.). Es gibt heute hierzulande freilich nicht gerade viele Prominente, die sich wie er noch immer so vehement deutlich und entschieden gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Krieg für die Stärkung der Friedensbewegung und gegen alle rechtsextremen und faschistischen Tendenzen in Politik, Gesellschaft und Kultur aussprechen.

Letzte Tage der Menschheit

Zwar nicht im Trend liegend, dafür aber in notwendige Erinnerung gebrachte literarische Satire-Kultur vom Besten waren die kurz gespielten, szenischen Sketche mit rezipierten Textauszügen aus dem umfangreichen dramatischen Antikriegs-Zyklus von Karl Kraus' "Die letzten Tage der Menschheit". Der aus Mörfelden bei Frankfurt stammende Schauspieler und Kabarettist Erich Schaffner machte mit seiner Auswahl von 40 Szenen aus insgesamt 200 des Originals aus-

schnittsweise wahr, was als Ganzes zu meist als unspielbar und unaufführbar gilt, nicht nur wegen der vom Original geforderten ungefähr 500 Schauspieler, zwölfhundert gräflichen Pferde und ganzen Kohorten zerlumpter Soldaten. Karl Kraus (1874-1936) schrieb sein Opus Magnum mit über 800 Seiten

sozusagen parallel zum Zeitkriegsgeschehen zwischen 1915 und 1917 und veröffentlichte es fortlaufend in der von ihm hrsg. Zeitschrift "Die Fackel". Zur Klavierbegleitung von Georg Klempp wurde von Schaffner, sich ständig umkostümierend und spärliche Bühnenkulissen verschiebend, wortschwallend kolportiert, collagiert, spottgesungen und sittengemalt. Alle kamen dabei unters scharfe Messer Krausscher Wort- und Satzhiebs: Generäle, Kriegsgewinnler, Scheinheilige, Heuchler, Deutsch- und k.u.k.-Zackige, Hurrapatrioten, böse Kinder, Wohlfahrtsnachmittagstanten, Kriegsfrontreporter, die Soldaten heldenhafte Worte in den Mund legen, sie fotografisch für die Vaterlandspresse verewigen und dann sterben lassen (Infos z.T. zit. nach uz Nr. 24 vom 13.6.14). Ein leider nur spärlich präsent Publikum verfolgte am Samstagnachmittag bei ermüdend stickiger Raumluft das fast zwei Stunden dauernde Spektakel mit aufmerksam ausharrendem Sitzfleisch. Schaffner hätte für seine virtuose beispiellose Ein-Mann-Inszenierung fürwahr weit mehr zustimmende Resonanz und Applaus verdient!

Welt- und Innenpolitisches

Zentrales und über die drei Tage in allen Zelten anzutreffendes Program-

melement: die politischen Diskussionsrunden, Foren und Gesprächskreise, ob nun aktuell oder grundsätzlich thematisch ausgerichtet. In der von Heinz Stehr, von 1990 bis 2010 Parteivorsitzender, Mithrsg. der M.BL., auf der Website kommunisten.de/Nachrichten vorgenommenen Zusammenfassung

"uz-Pressesfest - Aspekte zu einzelnen Diskussionsrunden" heisst es einleitend: "Spannend war die Frage, wie sich die politische Neuordnung durch die Führung der DKP nach dem 20. Parteitag auf dem Pressesfest widerspiegelt. Sie zeigte sich an der Auswahl der Themen und an dem Konzept der Diskussionen, an der Auswahl der für das Podium eingeladenen Diskutanten und an den Positionen

einiger Vertreter des Sekretariats des Parteivorstands der DKP". Und Stehrs Fazit weiter unten: "Ein vorläufiges Fazit aus dem Erleben der Veranstaltungen ist, dass es in dieser Zeit der nicht stabilen Verhältnisse in der Welt viele Gründe gibt, offen, solidarisch und wo notwendig auch kontrovers zu diskutieren. Die grundlegende Herausforderung ist, Antworten auf komplizierte Fragen und Problemstellungen zu erarbeiten. Das verlangt auch Respekt und Solidarität im Umgang miteinander." Dem wird man kaum widersprechen können oder wollen.

Vorne an standen die gegenwärtigen brennenden Konflikt- und Kriegsherde (Syrien, Ukraine, erneut Nahost/Gaza), das (traurige) 100-jährige Weltkriegsjubiläum 1914 - 2014, das geplante Freihandelsabkommen TTIP oder die derzeitige Verfassung der EU. Hierbei zeigte sich auch die Präsenz von Linken außerhalb der DKP. Die linke Tageszeitung junge Welt und die Partei Die Linke waren mit eigenen Zelten und inhaltlichen Veranstaltungen vertreten. Die Naturfreundejugend NRW hatte sich im Jugendbereich beim Jugendverband der DKP, SDAJ, angeschlossen. Ebenfalls im Jugendbereich gab es ein "Rotes Zelt" antifaschistischer und antikapitalistischer Gruppen und Organisationen. Dort war u.a. die Veranstaltung "Imperialismus im 21. Jahrhundert - wie stellt

er sich konkret dar“ ein Schwerpunkt u.a. mit VertreterInnen der Antikapitalistischen Linken (AKL) Hamburg, dem DKP-Parteivorstand und der Interventionistischen Linken (IL). Conrad Schuhler (ISW), Walter Baier (KPÖ) und Leo Mayer (DKP Bayern) diskutierten im Südbayernzelt zum Thema: “Wo bitte geht’s zum Winterpalais? Widerstand - Information - Transformation“. Die innerparteilichen Kontrahenten, Patrik Köbele und Leo Mayer, trafen nur einmal im Eishalle-Forum direkt aufeinander beim Thema “EU - überwinden oder neugründen?“ Im Filmzelt wurde u.a. der Film “Verboten - Verfolgt - Vergessen“ (D 2012), von Daniel Burkholz gezeigt über das KPD-Verbot und die Unterdrückung Andersdenkender in der Adenauerzeit, als der Antikommunismus in der BRD quasi zur ständig präsenten Staatsreligion avancierte (und es z.T. bis heute ist!). Dem von der Rosa Luxemburg Stiftung NRW geförderten Film folgte eine Gesprächsrunde mit betroffenen Zeitzeu-

gen. Mit dem derzeitigen DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele (Jg. 1962), durchgängig DKP-sozialisiert, ehem. SDAJ-Vorsitzender, sprachen R. Rupp und A. Schölzel, beide von junge Welt, über “Schöne neue Weltkriegsordnung. Pläne - Gegenentwürfe - Akteure“. Hier kann fast nur aufgezählt, nicht im Einzelnen von den Veranstaltungsinhalten näher berichtet werden. Die uz wird in ihren nachfolgenden Ausgaben sicher die eine oder andere Nachlese zu einzelnen Veranstaltungen liefern. Weitere bearbeitete Themen waren natürlich arbeits-, gewerkschafts- und klassenpolitische Fragestellungen, die andauernde weltweite Wirtschaft- und Finanzmarktkrise (derzeit teilw. etwas abgeschwächt), Folgen der Überproduktion, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Dauer- und Jugendarbeitslosigkeit u.a.m., Themen, die in der uz fortlaufend wöchentlich analysiert und kommentiert werden. Vom Frauenarbeitskreis der DKP war unter dem Titel “Von Frauen für

Frauen“ eine Reihe mit vier thematisch verschiedenen Veranstaltungen vorbereitet worden, darunter eine musikalisch Akkordeon-begleitete Modenschau “Frauen in (emanzipierten) Hosen“ über den Mut von Frauen, in der Geschichte gegen alle (männlichen) Vorurteile, Widerstände und sogar Bestrafung, Männerkleidung zu tragen, angefangen bei Jeanne d’Arc bis zu Marlene Dietrich (und nicht zuletzt politisch kritischen Hollywood-Schauspielerinnen wie Katherine Hepburn oder der mit Humphrey Bogart liierten Lauren Bacall, d. Verf.). Gefehlt hat eigentlich kaum etwas,



vielleicht eine Veranstaltung zur 40. Wiederkehr der “Nelkenrevolution“ in Portugal, bei der die portugiesische kommunistische Bewegung eine beachtliche Rolle gespielt hat.

100 Jahre Erster Weltkrieg 1914 – 2014

Gleich mehrmals im Programm und z.T. unterschiedlich thematisch gewichtet und aufgegriffen, das Jahrhundertthema 1914 - 2014, Ursachen, Hintergründe, Ziele. Wichtig war dabei die gleichzeitige Verbindung mit 100 Jahre Antikriegs- und Friedensbewegung. Vom DKP-Parteivorstand wurde dazu das Forum mit T. Pflüger (Die Linke), P. Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag), H. Schmitt-henner (IG Metall) und C. Haydt (Infostelle Militarisation IMI) im leider viel zu kleinen Zelt angeboten. Dabei ging und geht es auch darum, den neuerlich wieder aufkommenden Versuchen, einer geschichtsrevidieren-

den, personalisierenden und mythisierenden bürgerlichen Historiographie entgegenzuwirken. Diese wird uns in aktuellen Veröffentlichungen wie des australischen Historikers C. Clark (Die Schlafwandler) oder des deutschen Politikwissenschaftlers H. Münkler (Der Große Krieg) u.a. wieder unterzujubeln versucht (nachdem es die Historikerzunft im Zuge der sog. Fischer-Kontroverse der frühen 60er Jahre schon mal genauer zu verstehen lernen musste), denen es kritisch mit dialektisch-materialistischer Analyse der kriegsvorbereitenden und -treibenden Bestrebungen der herrschenden Klassen und unleugbaren Fakten einer aufklärenden Geschichtsforschung zu antworten gilt. Hier sei mit Nachdruck auch verwiesen auf einige vertiefende Arbeiten dazu im neuen “Antikriegsheft 1914 - 2014“ der Marxist. Blätter (M.Bl.), Nr.3/2014. Darin weist z.B. der österreichische Autor und Historiker Hans Hautmann, Wien (S. 33 ff.), im Kontrast zu den erwähnten episch aus-

und z.T. abschweifenden Werken bürgerlicher Historiker auf eine diesen in der Kürze (200 S.) überlegene, ältere Studie des DDR-Historikers Willibald Gutsche hin, dem es gelungen sei, die Ergebnisse der marxistischen Forschung dazu in komprimierter Form darzulegen (siehe W. Gutsche, Sarajevo 1914 = Schriftenreihe Geschichte, Berlin 1984).

Internationale Solidarität

Wie stets bei den Pressefesten in den Jahren zuvor, waren auch diesmal wieder an die etwa 40 Delegationen und VertreterInnen kommunistischer Parteien und sozialistischer Organisationen aus ganz Europa und Übersee zusammengelassen, um in Diskussionen und Gesprächen aus ihrer politischen Arbeit und über die Situation in ihren Ländern zu berichten. Ihre Gruß- und Solidaritätsadressen fanden Eingang ins Programm der großen Abschlusskundgebung am Sonntagnachmittag in der Casa Cuba.

Linkes Pressefest, aber nicht aller Linker

Dass man aus teilnehmender Sicht ein so breites Kultur- und politisches Themenprogramm wie das des diesjährigen uz-Pressefestes überwiegend als gelungen, gut besetzt und ausgeführt bezeichnen muss, ist an sich noch kein Beweis für die Qualität der DKP, allenfalls zuerst der beteiligten KünstlerInnen, engagierten ReferentInnen und Vortragenden, dafür also, dass die Verantwortlichen und Anreger eine kluge Wahl getroffen und ein gutes Händchen bewiesen haben. Auch stünde der "Lohn" von lediglich 23 unmittelbar im Zusammenhang mit dem Pressefest zu verzeichnenden Neueintritten in die Partei, wie es die OrganisatorInnen hinterher in der uz berichteten, in keinem vertretbaren Verhältnis zum betriebenen Aufwand.

Unbestritten ist der DKP die turnusmäßige Ausrichtung des Pressefestes als Verdienst anzurechnen aus mehreren, hier nur kurz anzusprechenden Gründen: zum einen, weil dazu sonst keine andere linke Gruppierung in der BRD bereit oder fähig ist, sieht man mal von ähnlichen Bemühungen der ungebrochen an Stalin und Mao Tsetung orientierten MLPD ab, die ihre eigenen Partei- und Kulturveranstaltungen (Bsp. 30-jähriges Bestehen 2012 in Dortmunds Westfalenhallen), soweit öffentlich zugänglich, nicht vergleichbar in eher strammer und akklamativer, unzeitgemäßer Form zelebriert, etwa nach dem Motto: Wir marschieren vereint, die Reihen geschlossen, der roten Sonne entgegen! Zum anderen, weil diese Pressefeste trotz aller bisheriger, mehr oder weniger ideologischer Belüftung durch die jeweilige DKP-Programmatik überwiegend einen offenen, diskutierfreudigen Charakter widerspiegeln und damit dogmatischer Enge und Festlegung ausweichen. Das uz-Pressefest ist aber nie eine Feiernbühne für die gesamte BRD-Linke gewesen, was es vielleicht selbstredend gerne gewesen oder geworden wäre, obwohl man diese Linke heute mehr denn je überschaubar verorten und politisch umreißen kann.

Gegenüber der konkurrierenden und gleichzeitig als Bündnisorganisation betrachteten Linkspartei ist die DKP bemüht, sich unter den Merkmalen 'marxistisch', 'kommunistisch' zu-

recht abzugrenzen. Im Interview mit junge Welt hört sich das beim Vorsitzenden P. Köbele so an: "Die Linkspartei ist keine kommunistische Partei; deshalb halte ich uns für unersetzlich. Wenn wir dieses Gesellschaftssystem, den deutschen Imperialismus und die Situation in der Welt analysieren: Ein revolutionärer Bruch mit dem bestehenden System ist notwendig. Ich kenne von der Linkspartei keine Aussage, in der es um Gesellschaftsveränderung geht - in dem Sinn, die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen voranzutreiben. Das ist die Voraussetzung, um Produktionsmittel des Kapitals vergesellschaften und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen zu können. Ich kenne nur schwammige Äußerungen, einen 'demokratischen Sozialismus' erreichen zu wollen." (junge Welt, 28./29.6.14) Gleichzeitig hält man diese ideologische Grenzziehung aus wohlbedachten Gründen durchlässig. Mancherorts, wo es aussichtsreich erscheint und die Absprachen gelingen, kandidieren in der Bevölkerung "verankerte" oder angesehene DKP-VertreterInnen bei kommunalen und anderen Wahlen neben eigenen auch auf offenen Listen der Linkspartei.

DKP, inwändig – dünnwändig – dickwändig

Auch hinsichtlich des für viele BeobachterInnen in und im Umfeld der DKP offenen Geheimnisses innerer Fraktionierung und Zerstrittenheit nicht nur unter ihren maßgeblichen FunktionsträgerInnen und ParteipräsentantInnen, sondern auch an der Parteibasis in teils rüdem Umgangston (in den Augen Einzelner geht der Riß da inzwischen sogar schon zu tief, um noch gekittet zu werden), hält sich Köbele an gleicher Stelle bedeckt, äußert sich eher ausweichend und glattbügelnd: "Von Spaltung spreche ich erst einmal nicht und mit Generationenstreit hat das nichts zu tun. 75jährige und auch 18jährige vertreten die eine oder andere Position. Unsere kommunistische Partei stellt gerade unter Beweis: wir führen unseren Streit, stellen aber dennoch Großveranstaltungen auf die Beine. Dass wir uns bei der Gelegenheit inhaltlich auseinandersetzen, wird unsere Stimmung nicht

beeinflussen." (junge Welt, ebd.). Das klingt ein wenig nach Antritt in eine Flucht nach vorne. Demgegenüber ist kritisch festzuhalten, dass dem erst vor kurzem gegründeten Verein der "Marxistischen Linken" ("Parteiopposition", so P. Köbele) per mehrheitlichem Parteivorstandsbeschluss ein eigener Stand beim Pressefest verweigert wurde (8. Tagung des PV am 17./18.5.14). Fast schon in "parteisäuberndem" Stil nimmt sich der Sprachtenor eines ebenso bei mehreren Gegenstimmen beschlossenen "Appells des Parteivorstands an alle Mitglieder" aus, endend mit den Worten: "Es muss erreicht werden, dass die Partei ideologisch geschlossen auftritt und politisch einheitlich handelt und die Positionen von Aktivisten des Internetauftritts kommunisten.de als falsch und schädlich entlarvt" (6. PV-Tagung am 25./26.1.14). Und "das Entlarven", so ein kommunistischer Genosse, Beobachter von außen, "spielte in der kommunistischen Tradition bekanntermaßen eine wichtige Rolle". Es ist, neben der früheren unkritischen KPdSU-Gefolgschaft und einstigen Abhängigkeit von (inoffiziellen) finanziellen Zuwendungen der DDR seit jeher das Ausweichen und Lavieren angesichts von Problemen und Widersprüchen, was der DKP schon immer die Sympathien kritischer Linker und größeren Zuspruch im linken Spektrum sowie der deutschen ArbeiterInnenschaft gekostet hat. Nicht von außen sondern von innen kam schließlich die kritische Analyse und Feststellung des beginnenden Niedergangs und Scheiterns der DKP bereits ab der frühen 70er Jahre, wie sie der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth, selbst bis heute treues DKP-Mitglied und uz-Kommentator, in seiner Untersuchung "KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung" (Heilbronn 1990) vorgetragen hat. (Fülberth hatte diesmal beim Pressefest einen kleinen Auftritt im MASCH-Foyer mit einem Vortrag zum I. Weltkrieg).

Noch immer blinde Flecke?

Fragwürdig und irritierend sind noch immer Positionen wie die von Willi Gerns (Jg. 1930), ehemals DKP-

Präsidiumsmitglied, redaktionelles Mitglied und Mitherausgeber der M.Bl., im jüngsten "Antikriegsheft 1914 - 2014" (Mai-Juni): Bei allem Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse einer mehrheitlich russischen Krimbevölkerung angesichts rechtsextremistischer Tendenzen und profaschistischer antirussischer Umtriebe in der Ostukraine, scheint hier bei Gerns eine Art heimliche Genugtuung anzuklingen über die international widerrechtliche Annexion der Krim durch das russische Putin-Regime (siehe W. Gerns, "Die Krim gehört wieder zu Russland", M.Bl. 3/14, S. 21 ff.). Diese wird von ihm offenbar unter dem Aspekt der "Reintegration unter russischer Führung" gesehen und eingeordnet. Seit wann aber billigen oder zeigen Internationalisten Verständnis für die Belange und Ziele nationaler Herrschaftseliten, selbst wenn sie wie im Fall Putins auch personell in der Nachfolge der SU auftreten? Demgegenüber auffallend im Kontrast stehen Gerns' "Überlegungen für eine marxistische Analyse der russischen Politik" (siehe uz vom 27.6.14, S. 12), deren differenzierten Ausführungen in vielen Punkten durchaus zuzustimmen ist. Der ideologische Kunstgriff aber, dabei zwischen Innen- und Außenpolitik zu unterscheiden, stellt einen Rückfall dar in alte Zeiten der früher unselbständigen Befürwortung sowjetischer, heute unkritischen Tolerierung russischer Hegemonialinteressen im geopolitischen Nahbereich. Gerns zeichnete einst zusammen mit dem Parteiphilosophen und Publizisten Robert Steigerwald in den 80er Jahren verantwortlich für die eng mit der Moskauer KP-Führung abgestimmte "Strategie des antimonopolistischen Kampfes" (Stamokaptheorie) der DKP in der westlichen Hemisphäre, die noch heute von gestandenen Alt-Genossen als nach wie vor gültiges Parteidokument angesehen und gehandelt wird. Und was - um diese wenigen anzusprechenden Punkte hier abzuschließen - muss man von einer



eher peinlichen Äußerung eines Mitglieds der DKP-Geschichtskommission halten, wenn wie vor nicht langer Zeit bei einem Seminar in der Karl Liebknecht-Parteischule der DKP die einst in kaum kritischer Gefolgschaft gelesene und verteidigte "Geschichte der KPdSU (B)" mittlerweile als reines "Märchenbuch" deklariert und abgetan wird, was es gelinde festgestellt (manipulatives Machwerk wäre wohl die treffendere Bezeichnung) objektiv auch immer schon war. Wem wollen DKP-Parteifunktionäre "mär-

chenerzählend" damit eigentlich ein X für ein U vormachen?

DKP, wie weiter?

Diese Frage wurde auf dem Fest so offen kaum gestellt, schon gar nicht in diesem pessimistischen Unterton. Lediglich eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden Köbele befasste sich mit der Frage der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei. In vielen Gesprächen am Rande dürfte sie jedoch durchaus eine bestimmende Rolle gespielt haben und intern in den Gremien als Sorge um eine ungewisse politische Zukunft weiter spielen, wie auch ein Bericht vom Jugendpolitischen Ratschlag von DKP und SDAJ in Köln in der uz vom 10.4.14 zeigt. Da gibt angesichts des "Mitgliedersterbens" etwa B. Schmidt vom PV Niedersachsen zu bedenken, dass zwar vielerorts Verluste zu verzeichnen seien, dass aber dort, wo Partei und Jugendverband an einem Strang zögen, Trendwenden zu beobachten seien. Der fortgesetzte Ader-

lass des Mitgliederverlusts weniger durch Austritte als durch verstorbene Alt-GenossInnen bleibt bis auf weiteres ein unumstößliches Faktum. Das zwingt bei den gegenwärtigen innerparteilichen Dissensen auch zu Kompromissen, um das Gesamtgebilde nicht noch zusätzlich zu schwächen. Gerade wurde eine Mitgliedsbuchneuausgabe, also quasi eine interne Mitgliederzählung, vorgenommen und erbrachte einen Stand bereits unter der 3.000er Grenze. Dem könnte nur durch eine vermehrte Neuauf-

nahme jüngerer Mitglieder entgegengewirkt werden. Und genau da hapert es, trotz sich mit neuen Kampagnen und Aktionsplänen rührig darstellender und bemühter Jugendorganisation SDAJ. Auch aus den sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten und Kämpfen, an denen sich DKP-Mitglieder nach Kräften beteiligen, ergibt sich nicht mehr sofort jener erhoffte Zuwachseffekt,

mit dem zählbar gerechnet werden könnte, ein Problem allerdings, mit dem die DKP als linker Organisation nicht allein dasteht. Die Resonanzen bei eigenen Wahlbeteiligungen sind aktuell angesichts von beträchtlichen Erfolgen für die extreme Rechte (siehe Eurowahl) mit gerade mal 25.200 Stimmen für die DKP mehr als ernüchternd, ja niederschmetternd. Kleinste Erfolge meist in Form von Mandatsbehauptungen bei den letzten Teil-Kommunalwahlen in zehn Bundesländern (25.5.2014) sind sehr überschaubar, es zeigen sich aber auch örtliche/regionale Focuspunkte für weiteres gezieltes Engagement. Die DKP stagniert beträchtlich und verliert weiter substanziell an Grund und Boden. Darüber kann auch ein insgesamt als gelungen anzusehendes Pressefest nicht hinwegtäuschen. Doch wie lange wird es in dieser Form und Qualität noch stattfinden können? In vier Jahren, 2018, wäre 50. uz-Jahrgangsjubiläum und voraussichtlich zum 20. Mal Pressefest.

E.K., Bremen, 23.7.2014

Vor 40 Jahren:

Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75

Anmerkungen und Notizen zur "Nelkenrevolution"



Als in der ersten Morgenstunde des 25. April 1974 das dadurch berühmt gewordene Lied „Grandola, vila morena“ (Grandola, braungebrannte Stadt) über den katholischen Sender Radio Renascenca erklang, war es das verabredete Zeichen für eine Reihe bereitstehender zuverlässiger Militäreinheiten, in Kolonnen von Transport- und leichten gepanzerten Fahrzeugen aus ihren Kasernen auszurücken und in der Hauptstadt Lissabon und anderen größeren Städten des Landes und Kasernenstandorten binnen weniger Stunden strategische Punkte (Straßen, Plätze, öffentl. Gebäude, Ministerien, Radio- u. Fernsehsender, Verkehrsknoten, Flughäfen usw.) zu besetzen und kontrollieren. Überall im Land wurden Militärkommandanten festgesetzt, das Gros der Armee verhielt sich defensiv, einzelne mobilisierte Truppenteile liefen spontan auf die Seite der militärisch unterlegenen Minderheit der revoltierenden Mili-

tärs über. Die Stimmung war auf einen Führungswechsel eingestellt. Vor allem vom Diktatorsystem unbelastete jüngere Nachwuchsoffiziere und Unteroffiziere aus dem Kleinbürgertum, militärisch „sozialisiert“, trainiert und geprägt in der portugiesischen Armee besonders durch die in Portugals afrikanischen „Überseeprovinzen“ (Angola, Mozambique, Guinea-Bissau u. a.) schon seit über zehn Jahren tobenden Befreiungskriege, hatten sich in Absprache mit einer Reihe von Generälen dazu entschlossen, der bestehenden Diktatur des Marcelo Caetano und dem salazaristischen „Estado Novo“ (Neuer Staat) ein Ende zu setzen und damit auch den „schmutzigen“ Kolonialkrieg zu beenden.

Generalstabsmäßig

Der Plan dazu war minutiös und intelligent durchdacht und hatte wahrhaft humanitäre Ziele: er soll-

Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Nummer der *Arbeiterstimme*.

te nach Absetzung der bestehenden diktatorischen Regierung und Einsetzung einer vorübergehenden „Junta der Nationalen Errettung“ (JSR; bestehend aus fünf Generälen des Heeres und zwei Admirälen mit General Spínola an der Spitze als provisorischem Staatspräsidenten) den Weg freimachen für grundlegende politische Veränderungen und bedeutende soziale und wirtschaftliche Reformen. Mit den Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegungen sollten Waffenstillstände vereinbart und ihnen Zusagen für ein rasches Ende der Kolonialherrschaft auch in den Minikolonien der Inselgruppen Sao Tome und Principe (Golf von Guinea) und Kapverde gemacht werden. Erwähnt sei noch der pazifische Kolonialbesitz Portugals, Ost-Timor, wo es

drei konkurrierende Befreiungsbewegungen gegen das koloniale Stamm-land gab, darunter als bedeutendste die marxistische FRETILIN. Ab Ende des Jahres 1975 – kurz nach dem Besuch des us-Präsidenten Ford und seines Außenministers Kissinger im November in Indonesiens Hauptstadt Djakarta – befand diese sich jedoch in der neuen Situation des Kampfes gegen eine einsetzende, von us- und australischer Seite gestützte Invasion durch indonesische Truppen, noch während die wenigen letzten portugiesischen Militäreinheiten ohne Widerstand dagegen das Land verließen.

Die aktuelle Macht der Stunde im Zentrum des alten, überlebten Kolonialstaats Portugal kam buchstäblich aus den Gewehrläufen, die diesmal kalt blieben. Bekannt, ja geradezu populär wurde dieser „Staatsstreich“ eines „progressiven“ Militärs, weil ihm die Bevölkerung spontan mit einem historischen Zeichen, wie sie die Geschichte kurioserweise immer wieder in solchen „Sternstunden der Menschheit“ bereithält, antwortete. Man „verbrüdete“ sich auf der Straße schnell mit den angerückten Soldaten, indem (so zumindest geht die mythenbildend kolportierte Kunde) ihnen zuerst von den Marktfrauen der Blumenstände weiße und rote Nelken überreicht wurden, Symbol der Arbeiterbewegung, die sich die Soldaten an ihre Uniformen hefteten oder kurzerhand in die Läufe ihrer Gewehre steckten. In öffentlichen Kommuniqués der rebellierenden Armee wurde die Bevölkerung aufgeklärt und zum Ruhe bewahren aufgefordert. Zusammen mit den Fotos von jubelnden Menschen auf Panzern war es die Geburtsstunde von um die Welt gehenden Bildern einer friedlichen „Nelkenrevolution“, wie sie danach fortan in romantischem Anklang genannt wurde. Diktator Caetano, der sich handlungsunfähig mit Gefolge in eine Kaserne geflüchtet hatte, wurde

von belagernden Soldaten und Volksmenge zur Aufgabe gezwungen und durch General Spinolas Vermittlung unter Militärgeleit außer Landes gebracht, von wo ihn der Weg über einen Zwischenaufenthalt auf der portugiesischen Atlantikinsel Madeira weiter ins brasilianische Exil führte (dort verstarb er 1980).

MFA, POVO - POVO, MFA



Hinter den Generälen, Offizieren, Unteroffizieren und einfachen Soldatenmannschaften stand die bereits im Spätsommer 1973 konspirativ gebildete „Bewegung der Streitkräfte“ (Movimento das Forças Armadas, MFA), als Folgezusammenschluss des etwa 2 bis 300 Offiziere umfassenden „Movimento dos Capitães“ (Bewegung der Hauptleute), zur Koordinierung und Absicherung der Aktivitäten und Maßnahmen. Sogleich war auch eines der vielleicht

eingängigsten modernen „Logos“ aus der Feder des portugiesischen politischen Karikaturisten Joao Abel Manta für eine politische Bewegung geboren, das die enge Verbundenheit zwischen Streitkräften (MFA) und Volk (POVO) symbolisieren und ausdrücken sollte: ein Bauer mit Soldatenmütze, Uniformhose, Soldatenstiefeln und Forke, umarmt von einem bartstoppligen Soldaten mit Bauernschlappmütze, Uniformjacke,

Bauernpluderhose, Holzschuhen und Gewehr. Die Symbolik war klar: es sollte eine mit Waffen geschützte politische Initiative des Volkes sein, die nach dem Willen der Militärs als handelndes Subjekt der neuen Zeit Richtung und Ton angeben sollte. Der weitere Text des von Jose „Zeca“ Afonso bereits 1964 komponierten und getexteten und von der Zensur verbotenen Liedes Grandola lautete eindeutig: *terra da fraternidade / o povo e quem mais ordena / dentro de ti, o cidade!* (etwa: Heimat der Brüderlichkeit, das Volk ist es, das am meisten bestimmt in dir, o Stadt), war gleichzeitig Signal und Programm. (F. J. Degenhardt lieferte alsbald eine frei übersetzte, klangvolle deutsche Version.) Es wird inzwischen wieder bei Protesten und Kundgebungen gegen die Spar- und Austeritätspolitik der portugiesischen Regierung und EU-Troika gesungen, so bei den landesweiten Protesten Hunderttausender am 2. März 2013. MFA POVO, POVO MFA wurde damals auch als Parole bei vielen Demonstrationen

gerufen. Zunächst erwies sich diese Verbindung als wirksamer Anstoß, die Ereignisse anzuschieben und voranzutreiben. Zeitweilig betätigten sich die MFA und die von ihr entsandten Einsatz- und Pionierkäfte der Armee als „technisches Hilfswerk“ beim Strassen- und Brückenbau und in der Strom- und Wasserversorgung im stark unterentwickelten Norden des Landes (wovon man sich heute kaum noch eine Vorstellung machen kann) und als Berater und Instruk-

teure im Gesundheitsbereich, in der Landwirtschaft und bei der „kulturellen Dynamisierungs-kampagne“ (Kultur und Bildung fürs Volk).

Charakter, Struktur und Programm der MFA

Die Bewegung der Streitkräfte bestand als eine Art organisiertes „Forum“ mit exekutiven Befugnissen aus einigen hundert Offizieren und Unteroffizieren, z. T. mit Zugang zu Schlüsselpositionen der Befehlshierarchie innerhalb der regulären Streitkräfte (200.000 Mann, ca. 5.000 Offiziere). Wichtige Funktions- und Entscheidungsebenen waren die zentrale Versammlung und die sog. „Koordinierungskommission“ (auch mit Weisungsmacht für den zivilen Bereich), sowie der „Rat der Zwanzig“. Die MFA gab auch eine Zeitschrift „Movimento“ heraus. Es existierte weiterhin die reguläre Militärhierarchie mit den Befehlshabern und Ressorts der drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine und zentralem Generalstab, aus denen hochrangige Repräsentanten der MFA angehörten. Allein schon dieser Umstand führte zu inneren Spannungen, Konfliktlinien und Angriffspunkten für Einflussnahmen von außen. In ihrer inneren Struktur war die MFA keine geschlossene einheitliche Formation, die nur zu Beginn mit einer Stimme, einer Zielrichtung auftrat. Sie vereinigte in sich verschiedene organisierte Strömungen, die auch Parteiorientierungen widerspiegeln, von ganz links bis reformistisch (Sozialistische Partei, PSP) und rechts, zwischen denen es ein Geflecht von koalitions- bis gegnerischen Beziehungen gab und die zeitweise auch jeweils mehrere Minister in den provisorischen Kabinetten stellten. Ohne Berücksichtigung dieses Faktums ist nicht zu verstehen, wie es schließlich auch in der MFA unter der Einwirkung gegenrevolutionärer Stimmungen und Bestrebungen zu den Konflikten kam, in deren Folge der gemäßigte bis rechte Flügel die linken und radikal-linken Teile ausschaltete.

Das linke MFA-Mitglied, Oberst (General) Vasco Goncalves, benennt in persönlichen Notizen an den Buchautor Klaus Steiniger (siehe Abschn.

üb. „Neuere Literatur“) diese Strömungen genauer und ordnet sie einander zu. Demnach gab es „die Gruppe um Spinola, die zwar das Regime ändern, aber vom System so viel wie möglich bewahren wollte“. In der zweiten Strömung, so Goncalves weiter, hätte sich ein großer Teil der Offiziere mit einer gemeinsamen Position (Einhaltung des MFA-Programms, Einstellung der Kolonialkriege, De-



Otelo Saraiva de Carvalho

mokratisierung des Lebens), gesammelt, die auch ein besonderes offenes Verständnis für die Volksbewegung gezeigt hätten. „Diese Strömung kann aber nicht als revolutionär-demokratisch bezeichnet werden. Zu ihr gehörten Revolutionäre (...). Sie verkörperten aber bei weitem nicht die Mehrheit“. Die erste Strömung sei zerfallen in „radikale Antikommunisten/Klientel der bürgerlichen und gemäßigt-konservativen Parteien. Es gab dort auch Leute, die einer der Sozialistischen Partei (SP) nahestehenden Linie folgten“ Zur zweiten Strömung bemerkt Goncalves, „dass es außer (...) der reformistischen, revolutionären und ultralinken Linie auch noch eine vierte Linie gab, die ebenfalls den bürgerlichen und gemäßigt-konservativen Kräften nahestand“ (Zit. nach handschriftl. Notizen von Goncalves vom 28.6.1983 in: K. Steiniger, Portugal im April, Berlin 2011, S. 434f.). Allgemein hat sich in der Literatur die Dreiteilung der Streitkräftebewegung eingebürgert in „Gemäßigte“ (PSP u. bürgerl. Liberale/Rechte), „Revolutionäre“

(kommunistisch) und „Populisten“ (radikal links).

Der ursprünglich in der westafrikanischen Provinz Guinea-Bissau als Militärbefehlshaber und Gouverneur gegen die dort operierende PAIGC (unter Amilcar Cabral, ermordet '73) eingesetzte und von Beginn an mit Führungsanspruch auftretende General Antonio de Spinola (1910-1996), Markenzeichen Monokel vorm rechten Auge, hatte Anfang '74 sein Buch „Portugal e o Futuro“ (Portugal und die Zukunft) vorgelegt, dessen nüchterne Bilanz, der Kolonialkrieg sei militärisch nicht zu gewinnen und demokratische Reformvorschläge in Militärkreisen schnell die Runde machten. Man handelte freilich nicht nur uneigennützig. Unter den Offizieren und Unteroffizieren im Antiguerrillakampf gab es um sich greifenden Unmut wegen unerledigter interner Besoldungs- und Beförderungsfragen. Außerdem verschlang der Kolonialkrieg in den verschiedenen Überseeregionen 40 % und mehr der portugiesischen Staatsausgaben, Geld, das im eigenen Land für notwendige wirtschaftliche Investitionen und Förderungen etwa im Bildungsbereich (im Schnitt um die 35 % der portugiesischen Bevölkerung waren Analphabeten) und auch bei der Modernisierung der Armee fehlte. Angestrebt mit dem Aufstand wurde möglichst rasch eine neue gesetzgebende Nationalversammlung und die Neuwahl eines Präsidenten durch die gesamte Nation. Bemerkenswert neben den im Programm formulierten bürgerlichen Grundfreiheiten wie Rede-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit sowie der Forderung nach unabhängiger Gerichtsbarkeit, waren die Abschnitte zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie waren keineswegs nur „geduldiges Papier“, sondern beinhalteten u. a. eine angestrebte Verbesserung der Lage bisher benachteiligter Bevölkerungsschichten, den Kampf gegen die Inflation und die Senkung der Lebenshaltungskosten im Rahmen einer „antimonopolistischen Strategie“ und im Sinne der „Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse“! (siehe *Programm der Bewegung der Streitkräfte* vom 25.4.1974; Anhang z. Gesetz Nr.3/74 vom 14.5.74, Provisorische Verfassung). Außenpoli-

tisch galt die Orientierung an den bestehenden internationalen Verträgen und Vereinbarungen (Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichheit aller Staaten, Nichteinmischung in Angelegenheiten anderer Länder, Respektierung der Verpflichtungen aus international geltenden Abkommen). Im Unterschied zur Tendenz rechter Kräfte, die Einheit MFA und Volk zu schwächen und zerstören, ging es den linken und extrem linken Kräften mehr darum, diese Einheit zu betonen und stärken und die MFA ggfs. mit weiteren Eingreif-, Kontroll- und Wächterfunktionen ausgestattet zu sehen. Ein zentraler Konflikt war damit programmiert.

Die Nelkenrevolution im ausgewählten linkspublizistischen Spiegel

Das Ereignis der portugiesischen Nelkenrevolution hat publizistisch im deutschsprachigen Veröffentlichungsspektrum über die Jahrzehnte keine besondere Resonanz hinterlassen. Vieles erschien damals aktuell in Form von Broschüren, Berichten und Sonderausgaben politischer Zeitungen. Beachtenswert neben *Arno Münsters* früher „analytischer Reportage“ „Portugal im Jahr 1 der Revolution“ (Berlin 1975) etwa die vom Sozialistischen Büro hrsg. Schrift „Portugal – Auf dem Weg zum Sozialismus? - Analysen und Dokumente“; Offenbach, Mai 1975, 160 S.). Genannt sei neben einem im Mai 1975 erschienenen längeren Analyse-Artikel der Zeitschrift „Arbeiterstimme“ (ARSTI), „Portugal am Scheideweg“, Heft 2/3, 5. Jg., der die Bedeutung der politischen Kräfte und die Motive der handelnden politischen Parteien untersuchte, besonders auch ein umfangreicher, gründlich erarbeiteter Sonderdruck der Informationsbriefe „Arbeiterpolitik“ „Ursachen und Triebkräfte der Klassenkämpfe in Portugal“, 24 S., relativ spät im Dezember 1975 (unter www.arbeiterpolitik.de). Nach einem ersten Beitrag „Portugal: Revolution oder Konterrevolution?“ in Heft 5, 20.9.75, geht die ARPO darin in ihrer genauen Analyse und weithin zutreffenden Einschätzung noch von einem unentschiedenen Ausgang zwischen Revolution und Konterrevolution aus. Auch

wenn m. E. der Faktor Bewegung der Streitkräfte, obwohl naturgemäß weit entfernt davon, insgesamt klassenbewusst handelnde Kraft widerzuspiegeln, als wichtige Garantin des grundlegenden Veränderungsprozesses von der ARPO unterschätzt wird, was sich besonders zeigte, als der vorwärts drängende linke Teil der MFA im späten Verlauf des Jahres 1975 politisch immer mehr zurückgedrängt und dann ausgeschaltet wurde. Die Reaktion konzentrierte ihre anhaltenden Angriffe besonders auf die linke *Streitkräftebewegung*. Zu ihr gehörte *Otelo Saraiva de Carvalho* (Jg. 1936, geb. in Mozambique), Gründungsmitglied der „Hauptleutebewegung“, Hauptorganisator des Aufstands des 25. April und dann Befehlshaber der im Juli 1974 per Dekret *Spinolas* geschaffenen ca. 5.000 Mann starken MFA-Sicherheitseingreiftruppe COPCON (Operationskommando Kontinent). Er hatte unter *Spinolas* Befehl in Guinea-Bissau gedient und genoss dessen Vertrauen. Unlängst bekannte er in einem Interview offen, dass er den Aufstand des 25. April nie mit geplant und umgesetzt hätte, wenn er geahnt hätte, was aus Portugal bis heute werden würde (wikipedia, zit. nach Internetportal destak.pt vom 13.4.2011).

Gleichsam wie in einem anderen Revolutionslogo des schon erwähnten Zeichners Manta, das eine Reihe bekannter Gestalten der Weltgeschichte zeigt, darunter Lenin, Marx, Stalin, Che Guevara, Bakunin, Engels, Ho Chi Minh, Fidel Castro, Trotzki, Gandhi, Mao, Bertrand Russell, Sartre, Luxemburg, Gramsci, Kropotkin, Kissinger usw., wie sie auf der Schulbank sitzen und auf die Umriss einer

Karte von Portugal auf einer Schultafel blicken und eifrig mitschreiben, mag man den Titel der Karikatur „Uma problema difficil“ (Ein schwieriges Problem) im übertragenen Sinn auch als Hinweis darauf verstehen, dass auch die klügsten Revolutionäre aus der Nelkenrevolution quasi als harter Nuss noch neue Erkenntnisse und Schlüsse ziehen können oder gar müssen.

Portugiesisches Volk und europäische Kultur begegnen einander, so könnte man ein anderes bekannt gewordenes Revolutionslogo von J. A. Manta aus der „kulturellen Dynamisierungskampagne“ (*Campanha de dinamizacao cultural*) der MFA bezeichnen. Es zeigt, sich gegenseitig die Hand reichend, auf der einen Seite einen Militärvertreter und barfüßigen Bauern mit Familie, auf der anderen ein „Who is Who“ von Repräsentanten aus europäischer Kultur und Wissenschaft, allen voran Sokrates, Einstein und Beethoven, gefolgt u. a. von Shakespeare, Picasso, Marx, Chaplin, Goethe, Darwin, Descartes, Freud, Armstrong, Voltaire (und man darf raten wer noch alles). Eine symbolische Willkommengeste des einfachen Volkes an die europäische Welt der Wissenschaften und Künste, in das neue Portugal Einzug zu halten.

Neuere Literatur zum Thema

Vereinzelt gab und gibt es Beispiele, die das magere Ergebnis wiss. Aufarbeitung aufbessern, etwa mit dem 1997 von Dietrich Briesemeister und Axel Schönberger hrsg. opulenten Standardwerk „Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur“ (Vervuert,



Frankfurt/M.), in dem besonders die beiden Hrsg. im Politikteil differenzierte Einzelbetrachtungen zu bestimmten Verlaufsaspekten der Revolutionsthematik, einschließlich verfassungs- und außenpolitischer Erörterungen, nachliefern. Als ein aufarbeitender Versuch ist neben der 2012 von Baer/Dellwo hrsg., bereits wieder vergriffenen Studie (Neuaufgabe in Planung) „25. April 1974 - Die Nelkenrevolution. Das Ende der Diktatur in Portugal“ in der Reihe „Bibliothek des Widerstandes“, Laika Verlag) auch Urte Sperlings 1987 als Diss. vorgelegte wissenschaftliche Arbeit zu verstehen: „Portugal – Von Salazar zu Soares. Krise der Diktatur und Systemstabilisierung in einem europäischen „Entwicklungsland““ (Marburg, Verlag Arbeiterbewegung und Geschichtswissenschaft GmbH). Sie lieferte wohl auch die materialreiche Grundlage für das jetzt von ihr nachgereichte kleine Bändchen „Die Nelkenrevolution in Portugal“ (siehe die Rezension von Dieter Nake in: Marxistische Blätter 3/2014, S. 150f.), das aktuell in der verdienstvollen Reihe „Basiswissen“ des PapyRossa Verlags anlässlich der 40. Wiederkehr des Umsturzes in Portugal erschienen ist und einen guten fundierten Überblick bietet. Als „einen der wenigen weitreichenden, die sozial-ökonomischen Strukturen des Kapitalismus tatsächlich antastenden Befreiungsversuche, die seit den Tagen der Pariser Commune in Westeuropa unternommen wurden“, bezeichnet der damals als Zeitzeuge und DDR-Korrespondent (Neues Deutschland) im Land anwesende Klaus Steiniger in seinem nach fast drei Jahrzehnten wieder veröffentlichten Report „Portugal – Traum und Tag“ (Leipzig 1982; neu unter dem Titel: „Portugal im April. Chronist der Nelkenrevolution“, im W. Heinen Verlag, Berlin 2011) das denkwürdige Geschichtsereignis. Ein

Buch, das bei aller spannenden Authentizität des Berichteten hinsichtlich der Fakten mit etwas Vorsicht zu genießen ist. Sein Verfasser, verantwortl. Redakteur der politischen Zeitschrift RotFuchs, neigt dazu, sich vorrangig und mitunter etwas plump Partei ergreifend dem Auftreten und der Politik der PCP und ihr nahestehender Repräsentanten des revolutionären Prozesses wie des MFA-Mitglieds Vasco dos Santos Goncalves (1921-2005) zu widmen, der zwischen Mai 1974 und September 75 der 2. – 5. Provisorischen Regierung unter kommunistischen Beteiligungen führend vorgestanden hat und im Anhang als Freund des Autors eine Reihe ergänzender und korrigierender Anmerkungen zum Buchtext macht. Gleichzeitig werden etwa andere revolutionäre linke Gruppierungen und MFA-Mitglieder wie z.B. der Umsturzstrategie Major/Brigadegeneral Otelo Saraiva de Carvalho in Motiven und Wirken nicht nur kritisiert, sondern teils diffamierend als „pseudo-/ultralinks/revolutionaristisch“ und verfälschend dargestellt und der Eindruck erweckt, als sei die portugiesische Revolution eng und wesentlich allein nur mit den Zielen und dem Handeln der kommunistischen Partei identisch und verbunden gewesen, was den Gebrauchswert als glaubwürdige historische Informationsquelle schmälert und die Chronistenpflicht unterläuft. Eine weitere interessante Neuerscheinung stammt von Ismail Küpeli: „Nelkenrevolution reloaded? Krise und soziale Kämpfe in Portugal“ (Reihe Systemfehler, Bd. 4, Edition Assemblage, Münster 2013, 96 S.). Küpeli, Mitglied im BUKO Internationalismus, richtet das Augenmerk, wie der Titel schon vorgibt, aktuell auf die schwierige Situation im Land, geht aber auch Bezügen zur Revolution in den 70er Jahren und

den Entwicklungen seither nach. Eine schnelle erste Übersicht lässt sich aus Svenja Schells Studienarbeit „Die Ursachen und Folgen der Nelkenrevolution“ gewinnen (Grin-Verlag 2007, Books on Demand; Zwischenprüfungsarbeit, 24 S.).

Portugalsolidarität der deutschen Neuen Linken

In einer Reihe größerer bundesdeutscher Städte und Westberlin entstanden Portugal-Solidaritätskomitees. Wer nach dem Niedergang der 68er-StudentInnenrevolte weder die Ausgänge in die neugegründete DKP oder straffe K-Gruppen-Organisation noch den „Langen Marsch“ durch die gerade noch kritisierten und bekämpften Institutionen mit vollziehen wollte, suchte nach anderen Betätigungsfeldern und Identifikationen und fand sie z.B. in „Dritte-Welt“-Gruppen oder der sich anbietenden Solidarisierung mit der Nelkenrevolution in Portugal. Der größere Teil der Portugalkomitees setzte sich aus eher undogmatisch eingestellten Linken zusammen, die oft die ersten Initiativen ergriffen: Spontis, Anarchos, Antifas (Autonome im spezifischen Wortsinn gab es noch nicht), Unorganisierte, in örtlichen Bündnissen mit Gruppierungen wie dem Sozialistischen Büro (SB), Kommunistischen Bund (KB) und trotzkistisch-internationalistischen Gruppen, die zusammenarbeiten konnten unter Hintanstellung ihrer ideologischen Differenzen. Außer interner Information, Flugblattaktionen und oft kontroversen Diskussionen auf Veranstaltungen mit Beteiligung portugiesischer GenossInnen, organisierte man die „Entsendung“ von Einzelnen und kleinen Gruppen nach Portugal, die dort als Erntehelfer, technisch Mitarbeitende in Landkooperativen (viele davon im besetzten Status) oder anderswo in Arbeitskollektiven tätig wurden. Auf dem Land trafen sie auf z.T. abgeordnete oder freiwillig anwesende portugiesische Soldaten und Studenten, die sich an der Besetzung von Landgütern beteiligt hatten. Nach den bewaffneten Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg war es wieder das erste Mal, dass sich kleine Solidaritätsgruppen als



Helfer und Unterstützende mit eindeutig sozialistischer Motivation ins Land selbst begaben. Sie kamen und beteiligten sich diesmal jedoch ohne Waffen, um eine weithin ohne Gewalt sich vollziehende gesellschaftliche Veränderung tatkräftig zu unterstützen. Es war die Vorwegnahme dessen, was dann nur wenige Jahre später in weit größerem Umfang mit den Solidaritätsbrigaden für Nicaragua stattfinden sollte.

Wünsche und Realitäten

Nicht selten waren die Beweggründe auf Seiten der dt. Neuen Linken bei der Portugalsolidarität von idealistisch motiviertem Wunschdenken und gewissen voluntaristischen Vorstellungen über eine revolutionäre Veränderung unter dem Banner eines „freiheitlichen (libertären) Sozialismus“ und Rätmodellen beeinflusst. Die Analysen und Einschätzungen, wie sie etwa in dem bereits erwähnten Sonderdruck der ARPO (a.a.O.) vom Klassenstandpunkt aus vorgenommen werden, liefen auf eine realistische Bewertung der Lage, politischen Kräfte und Klassenorgane hinaus, auf die dabei gesetzt werden konnte (musste), wie etwa die PC, Gewerkschaften und sozialistisch orientierten „Massenorgane“ wie die Arbeiterkommissionen usw. Der Kampf verlief zwar schwerpunktmäßig auch im ökonomischen Bereich, vollzog und entschied sich im Kern aber auf der Ebene der politischen Macht. Es gab, so sinngemäß die von der ARPO vorgetragene Einschätzung, nur zwei wirkliche Optionen: entweder gelangen für eine grundlegende Veränderung angetretenen und sich weiter herausbildenden politischen Kräften in den sich zuspitzenden Klassenausinandersetzungen (auch gegen die außenpolitischen Kontrahenten von USA, NATO und EG) gemeinsam die erfolgreiche Durchführung der sozialen Revolution mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung oder die politische Reaktion und Restauration in dieser oder jener bürgerlichen („demokratischen“) Form würde am Ende den Sieg davortragen. Einen „dritten Weg“ in eine eigenständige, „sozial gerechtere“, „demokratisch-pluralistische“, sozialmarktwirtschaftliche Zukunft (Option

der PS nach BRD-Vorbild) würde es unter den herrschenden imperialistischen Bedingungen demnach nicht geben können, bzw. früher oder später in die zweite Option restaurativer Krisen-Realitäten münden, was dann schließlich auch geschah. So gesehen trug die strategische Zerstrittenheit unter der portugiesischen Linken und fehlende revolutionäre Aktionseinheit ihren Teil mit dazu bei, dass sich die erste Option nicht durchsetzen konnte.

Prozess in drei Phasen

Die entscheidende revolutionäre Dynamik entwickelte und vollzog sich in einem Zeitraum von nur etwa 22 Monaten von April 1974 bis gegen Ende des Jahres 1975. Der besseren Übersicht wegen und weil hier aus Platzgründen keine ausführliche Verlaufsbeschreibung gegeben werden kann, soll hier der Ablauf des Geschehens in drei ineinander greifende bzw. aufeinander folgende Phasen skizziert und zusammengefasst werden.

1. Zeitraum bis Frühjahr 1975

Die initialzündende *Anfangsphase* mit dem geschickten Versuch rechtskonservativer Militärs um General Spínola und verbündeter Armeekräfte im Hintergrund, im Schatten der Militärerhebung der MFA selbst an die Macht zu gelangen und ein präsidiales Regime mit Spínola an der Spitze ein- und durchzusetzen, das den Übergang am Ende zweier Diktaturen zur parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie sofort einleiteten sollte (Spínolas Mobilisierungsversuch im Sept. '74 einer „Manifestation der schweigenden Mehrheit“ aus dem ganzen Land für ihn auf der Straße; Bevölkerung in und um Lissabon mobilisierte mit Straßenbarrikaden dagegen, MFA verbot Demonstration und Kundgebung; erste Massenstreiks von Textil- und Chemiearbeitern, Eisenbahnern, Werftarbeitern mit massiert vorgetragenen sozialen Forderungen; offener rechter Putschversuch im März '75 unter Beteiligung der Luftwaffe). Diese Pläne sahen keine militärgestützte Revolution des Volkes vor und wollten sie von vorneherein blockieren und verhindern. Bereits zwei Jahre vor dem

25. April 1974 hatte Spínola versucht, Caetano zum Rücktritt zu bewegen, eine erste Militärrevolte war 1973 fehlgeschlagen. Während der Erhebung des 25. April verhielt sich Spínola abwartend im Hintergrund. Gegenüber dem MFA-Programm hatte er mäßige Korrekturen geltend gemacht, vor allem ging ihm die Garantie der Unabhängigkeit für die Kolonien zu weit. Als Spínola Ende September 1974 einsehen musste, dass er mit seinen verdeckt putschistischen Vorhaben gegen Militär und demonstrierendes Volk legal nicht durchkam, musste er abdanken. Nach seinem endgültigen Scheitern im Frühjahr 1975 begab er sich zunächst nach Spanien, das er von seiner Zeit als Kämpfer an der Seite Francos im spanischen Bürgerkrieg noch gut kannte, von wo aus er noch weitere Kontakte zu rechten und profaschistischen Gruppierungen unterhielt, wechselte dann ins Exil in Brasilien.

2. Zeitraum bis ca. November 1975

Die in eine *Zwischenphase* fallende Durchkreuzung dieser Pläne durch das Eingreifen von Teilen des Volkes und der MFA selbst und Vereiteln des Spínola-Putsches vom März 1975, die – was zunächst nicht beabsichtigt war – nun ihrerseits in die Offensive ging mittels einer Selbstinstitutionalisierung (Oberster Revolutionsrat mit Exekutivfunktion und Vetorecht gegen Regierungsbeschlüsse) und Verwirklichung eines präsozialistischen Programms (Enteignungen, Verstaatlichungen von Banken, Schlüsselindustrien und Versicherungen, Preisstopp für Grundnahrung, Mindestlohnfestsetzung, Agrarreform, „kulturelle Dynamisierungskampagne“). Dies führte die MFA und die sich rasch formierende, z.T. stark kommunistisch bis linkssozialistisch bestimmte „Volksbewegung“ (*poder popular*) enger zusammen, für die die MFA zeitweise zu einer Art „Flankenschutz“ wurde (sog. „heißer Sommer“ 1975; Betriebs- und Landbesetzungen, Kämpfe gegen Entlassungen, um Löhne und Arbeits-/Produktionsgestaltung, Soldatendemonstrationen, Bildung der radikalen Soldatenvereinigung SUV/Soldados Unidos Vencerao, Massenkundgebungen, z.B. der PCP im September 1975, Parole „Die Revolution verteidigen!“;

provozierter, gescheiterter Aufstand linker Militärs im November 1975). Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom 25. April 1975 mit einer Beteiligung von 92% erhielten die PSP 37,9 % (2,15 Mio. Stimmen / 116 Sitze), PPD (Volksdemokratische Partei; „Reformkapitalisten“, Liberale) 26,4 % (1,5 Mio./80), PCP 12,5 % (710 Tsd./30), CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum; offen rechts auftretend) 7,65 % (433 Tsd./16), MDP (Demokratische Bewegung; Bündnis von Kommunisten, Sozialisten bis Liberale und Katholiken) 4,1 % (233 Tsd./5), FSP (Sozialistische Volksfront; „PSP-Abspaltung“) 1,2 % (66 Tsd./1), MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) 1,0 % (58 Tsd./-), übrige, einschl. versch. linksradikaler Org. (Maoisten, Trotzisten) alle unter 1 %. Die bürgerliche und rechte Presse hierzulande (BZ, BILD, FAZ) wertete dies unmittelbar als hoffnungsvollen „Sieg der Gemäßigten“ gegen die „prokommunistischen Militärs“ und Beweis für die Qualität der Sozialisten als Volkspartei und Erfolg bei der Ansprache von „überzeugt antikommunistischen Wählern“. Stellt man allerdings aus anderem Blickwinkel in Rechnung, dass sich im Votum für die PS auch ein noch undeutlicher Wunsch vieler ihrer WählerInnen nach „Sozialismus“ und damit Verbesserung der Lebensverhältnisse widerspiegelte, kann man von einer Mehrheit für Parteien

Metamorphose



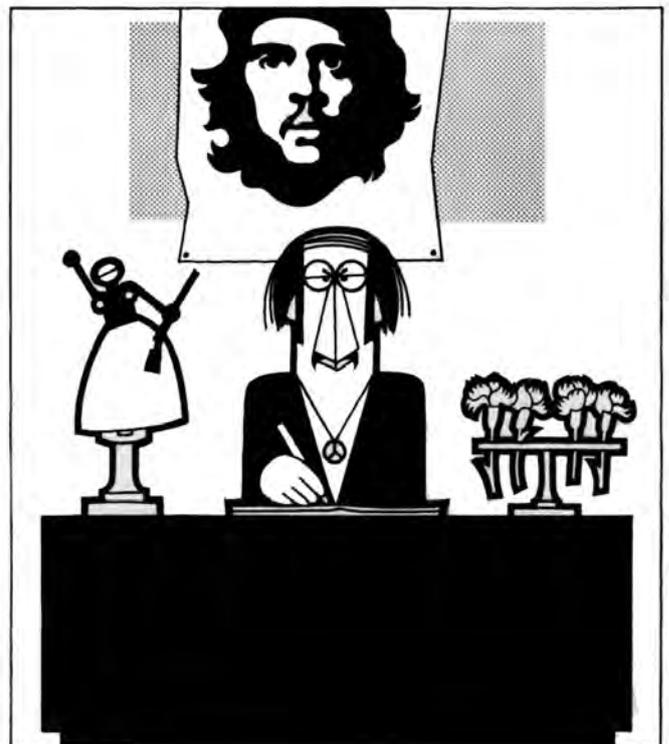
24.4.74

mit erklärtem Ziel des „Sozialismus“ ausgehen. Gleichzeitig offenbarte sich in dem Ergebnis die starke Polarisierung der portugiesischen Gesellschaft, der die Neigung der PS nach rechts ein Übergewicht gegen links verlieh (Angaben nach „Portugal auf dem Weg z. Sozialismus?“, a.a.O, S. 21 u. 152).

3. Zeitraum ca. Sommer 1975 bis Juli 1976

Eine dritte Phase bereits schon ab Mitte 1975 verstärkt einsetzender „Gegenrevolution“, die nun schon wesentlich mit bestimmt und getragen wurde von einer organisatorisch gefestigten Sozialistischen Partei (PS) und anderen bürgerlich-konservativen bis rechten Parteien. Sie machten sich nun ermutigt durch die Wahlergebnisse vereint daran, den sich verstärkenden „revolutionären Prozess“ aufzuhalten und umzukehren (Parteien-Forderung „Armee zurück in die Kasernen!“; linkes MFA-Manifest „Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft“, Gegenentwurf von MFA-Hauptmann Melo Antunes von der „Gruppe der Neun“; der Fall der im Besitz PSP-naher Eigner befindlichen Zeitung „Republica“, bei dem kommunistisch orientierte Drucker und Setzer und linke Redakteure und die Leitung/Verwaltung in Fragen der Parteilichkeit, Zensur, „Pressefreiheit“ und Beschäftigung/Entlassungen

im Mai '75 exemplarisch aneinander gerieten. Die Belegschaft besetzte die Zeitungsräume, woraufhin die MFA einschritt und mit Panzerwagen anrückte, den Betrieb schloss und die Belegschaft ausgesperrt wurde; Warnung von Soares an die „Gegner und Feinde“ der Demokratie, Massenaufmarsch der PS im Oktober '75, Parole „Reinen Tisch“ machen). Die Linke Mitte/Rechts-Offensive zielte auf stabile politische Verhältnisse im demokratisch-pluralistischen Sinn unter Zuhilfenahme des propagandistisch nach innen weitergeleiteten Drucks des Auslands (Bindung von Investitionen und finanziellen Krediten an „demokratische“ Auflagen). So waren im Vorfeld eines im Mai 1975 beschlossenen Investitionsprogramms der Brüsseler EG-Kommission politische Interventionen (durch Vertreter des Europabundes sozialistischer Parteien) an die Adresse von Ministerpräsident Goncalves erfolgt, die vor der Gefahr des Kurses der PCP für die Entwicklung zu Demokratie und Sozialismus warnten und für den Weg dahin die Geltung der „Grundsätze der Industrialisation Europas“ betonten. Bis auf die Sprecher der Marine wurden auf einer MFA-Versammlung Anfang Sept. 1975 die Vertreter der militärischen Linken aus dem Revolutionsrat entfernt. Am 19. September wurde General Goncalves als Ministerpräsident entlassen. An der letzten PS-dominier-



24.8.74

ten 6. Provisorischen Regierung von Sept. 1975 bis Juli 1976 unter Premier Admiral Pinheiro de Azevedo war nur noch ein kommunistischer Minister beteiligt. Bei der Ausschaltung rebellierender Fallschirmjägerkompanien am 25. November spielte das gemäßigte MFA-Mitglied Ramalho Eanes als Befehlshaber einer Spezialeinheit der Streitkräfte eine zentrale Rolle. Etwa gleichzeitig wurde die „kulturelle Dynamisierung“ aufgegeben, die 5. Abt. des Generalstabs, wo diese angesiedelt war, faktisch aufgelöst und der linke MFA-Flügel vollständig entmachtet. Im Juni 1976 unterlag Carvalho (14,4%) eben diesem Eanes, inzwischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Chef des Generalstabs, bei den Präsidentenwahlen, der 61,6% für sich verbuchen konnte. (Punkte 1.-3. z. T. zusammengest. nach M. v. Rahden: „Portug. Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis z. Jahr 1997“, in: Briese-meister/Schönberger, a.a.O., S. 213 ff. und K. Steiniger, a.a.O.)

Keine vollendete Revolution, keine faschistische Diktatur und Kolonialherrschaft mehr!

Was kann man – historisch – als vielleicht wichtigste Ergebnisse und Folge der Nelkenrevolution verbuchen, außer den wertvollen Erfahrungen und bleibenden Erkenntnissen, die die Arbeiterklasse und Teile der Bevölkerung in den sozialen und politischen Klassenauseinandersetzungen gesammelt haben? Die hier vertretene These ist: Unter den Bedingungen der West-Ost-Blockkonfrontation des Kalten Krieges und der NATO-Einbindung Portugals (bereits Gründungsstaat 1949) sowie der schwierigen ökonomischen Ausgangslage der portugiesischen Wirtschaft/Landwirtschaft außerhalb der EG (der Beitritt erfolgte nach jahrelangen Verhandlungen erst zum Beginn von 1986), in Verbindung mit dem außer in einigen größeren Städten und der Hauptstadt relativ schwach entwickelten Potential der portugiesischen Arbeiterbewegung, hatte die als Militärerhebung begonnene politische Befreiung von fast 50jähriger Diktatur – objektiv – keine große Aussicht, den Weg einer revolutionären Entwicklung hin zu einer dauerhaften sozialistischen Umgestaltung des Landes zu nehmen. Die

MFA hatte den Verbleib in der NATO öffentlich wohlweislich nie in Frage gestellt. Wäre es dennoch mit maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten und anderen Linkskräften in einer neuen Volksregierung vorzeitig oder absehbar zu einem Austritt aus der NATO gekommen, hätten die USA mit Sicherheit nicht tatenlos daneben gestanden und zugesehen, wie ihnen an der Südwestflanke des Militärbündnisses ein Partner abhanden kommt. In der einen oder anderen geeigneten Weise musste „ordnungspolitisch“ reagiert werden, us-Militär- und NATO-Basen waren ja im Land bzw. auf den portugiesischen Azoreninseln (us-Luftwaffenstützpunkt) vorhanden. Im Februar 1975 fanden keineswegs zufällig vor Portugals Küste NATO-Seemanöver statt zur Übung der Sicherung der Öltransportwege. Dass hier Szenarien durchgespielt wurden, man wohl vorher auch „informiert“ war, lassen etwa einzelne Details in den Erinnerungen Willy Brandts („Erinnerungen“, 2003, und „Begegnungen und Einsichten 1960-1975“, 1978), zu der Zeit Vorsitzender der in den 1950er Jahren wiederbelebten Sozialistischen Internationale („Traditionsverein“, so W. Brandt) plausibel vermuten. Demnach zeigte man sich, Brandt eingeschlossen, seitens der USA und wichtiger europäischer NATO-Verbündeter sehr besorgt, es könnte in Portugal mithilfe sowjetischer Unterstützung zu so was wie einer „kommunistischen Lösung“ kommen und, wie es die „fixe Idee“ (Brandt) des us-Außenministers Kissinger war, sogar dazu, dass ange-regt durch das portugiesische Beispiel am Ende ganz Südeuropa (Spanien, Italien, Griechenland) „marxistisch“ werden könnte. (Vorsorglich hatte man schon mal ranghohen portugiesischen Militärs den weiteren Zugang zur Nuklearen Planungsgruppe der NATO verwehrt und ihnen keine internen Dokumente mehr zugeleitet). Das belegen im Land selbst aber auch die schleichenden bis offenen Putschversuche – es gab derer drei – von „rechts“ unter Führung von General Spínola und seiner Gefolgsleute in der Armee. Wir hätten dann womöglich in der Geschichte in Westeuropa erstmals so was wie ein Ungarn 1956 oder Prag 1968 als „Lissabon 1974“ erleben können. Wie hätten sich die portugiesischen Streitkräfte und MFA dazu gestellt und verhalten? Eine hochbrisante Frage.

Sozialistische Partei und Internationale als Erfüllungsgehilfen

Das Geschäft von notfalls intervenierendem us-Militär/CIA und NATO, ohnehin im Land präsent und subversiv aktiv, haben dann andere auf den Plan getretene und schnell an Einfluss gewinnende politische Kräfte moderater auf „zivile“ Art besorgt, interne Absprachen dazu vorausgesetzt, was zwischen den Zeilen in Brandts erinnernden Aussagen ebenfalls anklingt. Brandt war es auch, dem die Aufgabe zufiel, bei einem Besuch in Moskau 1975 gegenüber der sowjetischen Führung eine eindeutig warnende Note vorzubringen, sich aus den Abläufen in Portugal herauszuhalten. Der „Fall“ Portugal war mit oberster Priorität Sache der USA/NATO und westeuropäischen Sozialdemokratie (tatkräftig am Werk W. Brandt, O. Palme, B. Kreisky). Am deutlichsten war wohl die Rolle der Sozialistischen Internationale (SI) und ihres Ablegers im Land, der gerade erst im April 1973 in Münstereifel im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung mit SPD-Hilfe von Rechtsanwalt Mario Soares (Jg. 1924) und engsten Vertrauten gegründeten Sozialistischen Partei Portugals (PSP). Diese trat propagandistisch bei den ersten freien Wahlen mit einem bei der CDU entlehnten, nur entsprechend umgestellten, Slogan „Sozialismus in Freiheit“ an. Der zuvor zeitweilig in verschiedenen Exilrefugien weilende Soares, besonders von ausländischen Medien alsbald zur Symbolfigur des „demokratischen Aufbruchs“ stilisiert (in Wirklichkeit erwies er sich als antirevolutionärer „Totengräber“), definierte das Ziel der „demokratischen Sozialisten“ allgemein so: „Wir wollen einen Sozialismus, der die bürgerlichen Freiheiten und den Pluralismus der Parteien respektiert“ (SPIEGEL v. 3.5.75, zit. nach ARPO, Nr.5, 20.9.75). SI und PS waren es jedoch vornehmlich, die den antikommunistischen Angst-Komplex erst richtig ins Land importierten und parallel zum rechten Lager unter den zugeneigten Massen schürten, der bis dahin im Salazarsystem zwar als latentes Feinbild genährt und kultiviert worden, aber genuin kein portugiesisches Phänomen wie vergleichsweise in der BRD war.

E.K., Bremen

Hiroshima, 6. Aug. 1945...

... und 3 Tage später Nagasaki, auf beide Städte warfen die USA eine Atombombe

Geschätzte Tote bis Ende 1946 zusammen 230 000, an den Spätfolgen starben bis Ende 1981 zusätzlich ca. 150 000 Menschen. Auch jetzt erkranken und sterben immer noch Menschen an den Folgen. (Die Zahlen sind als Größenordnungen zu verstehen, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und ökonomische Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die wirklichen Auswirkungen, das Leid der betroffenen Menschen, sind durch Zahlen gar nicht zu erfassen.) Die Menschen in den betroffenen Gebieten wurden und werden auch noch als Versuchskaninchen eines nuklearen Experiments benutzt. Sie wurden lange über ihre eigene Gefährdung im Unklaren gelassen. Die Bombe war ursprünglich für Berlin vorgesehen, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden. Bis zur letzten Sekunde vor der Kapitulation haben auch deutsche Wissenschaftler*innen an der Herstellung einer eigenen Atombombe gearbeitet, um den Krieg für das deutsche Reich zu gewinnen.¹ Nach der Kapitulation Deutschlands entschieden sich die USA, die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen. Für die USA-Politiker*innen eine Machtdemonstration – speziell gegenüber der damaligen Sowjetunion –, für die Wissenschaftler*innen ein Freilandexperiment an konkreten lebenden und toten „Objekten“. USA-Präsident Eisenhower hat dann vor der UNO 1953 das „Atom for Peace“-Programm erfunden – die sogenannte „friedliche Nutzung der Atomenergie“ – um in diesem Windschatten in Ruhe weiterhin Atombomben bauen zu können. Seit 1945 wurden bei ober- und unterirdischen Atomexplosionen (2047 Tests, durch die USA davon 1051; Stand 17. Aug. 95) gewaltige Men-



gen Spaltprodukte in die Biosphäre freigesetzt; das entspricht mehr als 40 000 Hiroshima-Bomben. Emissionen aus Atomanlagen, die auch größere Unfälle einschließen, erhöhen die Gesamtbelastung noch, die zu einem erheblichen Teil aus langlebigen radioaktiven Isotopen besteht, die sich Tausende von Jahren in der Stratosphäre halten.

Die zivile und die militärische Nutzung der Atomkraft sind zwei Seiten einer Medaille!

Sie haben technologisch gemeinsame Grundlagen (Uranabbau, Urananreicherung, Uranmunition, Plutonium aus Brennstäben separieren, know-how, ...) Deshalb haben viele Staaten, die Atomwaffen entwickelt haben oder entwickeln wollen ihr Atomwaffenprogramm als sogenanntes ziviles Programm getarnt. Auch in der damaligen BRD war die Motiva-

tion für den Bau von Atomkraftwerken das machtpolitische Bestreben, eigene Atomkraft zu werden und die Unabhängigkeit vom Öl anderer Länder. Den großen Energiekonzernen wurden durch gigantische staatliche Subventionen² in Forschung und Entwicklung und dann in die laufende Technik diese Energieform erst profitabel gemacht. Die Produktion von Atomenergie ist bei Weitem die teuerste und gesundheitlich schädlichste.

Die sichere Urangewinnung, der sichere Betrieb von Atomanlagen (auch im „Normalbetrieb“) und die sichere „Entsorgung“ von Atom Müll sind bisher gänzlich ungelöst und auch nicht vorstellbar.

Einen „Grenzwert“, „Schwellenwert“ oder „Toleranzgrenzen“ für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht.

So steckt hinter der Festlegung von „Grenzwerten“ der Strahlenschutzverordnung für radioaktive Strahlung nicht die Sorge um das Wohlergehen der Menschen, sondern die Absicht, für Entwicklung und Betrieb von Atomanlagen günstige Bedingungen zu schaffen. Die Ideologie der „Grenzwerte“ soll über

1– „Die Nacht der Physiker - Heisenberg, Hahn, Weizsäcker und die deutsche Atombombe“, Richard von Schirach, 2012 BERENBERG Verlag.

2– Nach einer Studie von Greenpeace (2010) hat die Atomindustrie in Deutschland Subventionen von über 200 Milliarden Euro erhalten.

das tödliche Risiko hinwegtäuschen. Weltweit werden weiterhin viele Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung von Krankheit und Tod betroffen sein. Die Atompolitik der verschiedenen Regierungen und der Atomindustrien ist gekennzeichnet durch Verschweigen, Verschleiern und Verharmlosen der Katastrophen und der Auswirkungen von radioaktiver Strahlung.

Die herrschende wissenschaftliche Lehrmeinung hat jahrzehntlang dazu beigetragen und trägt weiterhin dazu bei, diese Gefahren zu verharmlosen, und hat sich als Handlanger ökonomischer und politischer Interessen betätigt – herrschende Wissenschaft ist immer auch Wissenschaft der Herrschenden!

Wenn Kritiker*innen der Atomtechnologie weltweit wissenschaftlich diffamiert und politisch verfolgt wurden/werden und versucht wurde/wird, sie mundtot zu machen, ist das in diesem Kontext zu sehen.

So sind auch die Atomkatastrophen wie z.B. in Majak/Rußland (1957), in Windscale/Großbritannien (1957), in Harrisburg/USA (1979), in Tschernobyl/Ukraine (1986), in Fukushima/Japan (2011), oder auch die an vielen anderen Orten dieser Welt keine Naturkatastrophen sondern ein Verbrechen, und das Verbrechen ist noch lange nicht zu ende!

Wenn wir jetzt auf Japan schauen, dann sind wir von Traurigkeit und tiefem Mitgefühl mit der Bevölkerung erfüllt. Wir sind entsetzt und erschüttert, aber wir sind auch voller Wut und Zorn.

Wir wussten immer und haben unaufhörlich öffentlch darauf hingewiesen, dass so eine Katastrophe nicht auszuschließen ist.

Die Welt ist jetzt, nach der Katastrophe in Japan, eine andere als die, die sie vor der Katastrophe war. Und die nukleare Katastrophe ist noch lange nicht unter Kontrolle. Auch die Situation in den zerstörten Atomanlagen ist noch völlig ungeklärt. Das Innere der Reaktorgebäude und insbesondere der Bereich des Sicherheitsbehälters sind aufgrund der Strahlenbelastung noch nicht zugänglich. Große Mengen Radioaktivität werden nach wie vor freigesetzt. Die ausgetretene Radioaktivität hat viele Städte und Dörfer für lange Zeit in unbewohnbare Gebiete

verwandelt – ca. 200.000 Menschen wurden unmittelbar nach dem Super-Gau in einem Umkreis von 20 – 30 km evakuiert –, und viele Menschen werden noch jahrzehntlang, ja über mehrere Generationen hinweg mit der Angst vor den Folgen für ihre Gesundheit leben. Es werden nicht nur weite Landstriche unbewohnbar werden, auch die Luft, das Wasser des Pazifik und die Meerestiere und -pflanzen sind betroffen. Das Wasser mit radioaktivem Material hat sich über den halben Pazifik verteilt. Große Teile des Landes werden auf Jahrzehnte oder Jahrtausende verstrahlt sein,



große Teile der Bevölkerung werden extremen Gesundheitsbelastungen ausgesetzt sein.

Wie in Tschernobyl vor 28 Jahren wird das Ausmaß der Katastrophe verheimlicht, heruntergespielt und verharmlost.

Insgesamt haben bereits knapp 50 % der untersuchten Kinder aus Fukushima-Stadt Veränderungen an der Schilddrüse.

Die Regierung nahm zunächst alle 50 Reaktoren des Landes vom Netz, monatelang kam das Land ohne Atomstrom aus.

Und wenn Menschen hier meinen, Japan ist ja so weit entfernt und das trifft uns hier nicht, dann irren sie sich. Auch wir werden – zumindest längerfristig – die Auswirkungen zu spüren bekommen. Luftströmungen haben radioaktives Material aus Fukushima in den Wochen nach der Katastrophe auch bis nach Europa und Nordamerika getragen.

Die ersten Radionuklide aus Fukushima (Jod-131, Cäsium-134, -137) sind auch inzwischen in dem 9000 km entfernten Bremen gemessen worden – im Regenwasser, im Gras, in Flusssedimenten und in Kuh-Milch

(Landesmessstelle für Radioaktivität, Bremen, Juli 2011). Radionuklide (wie z.B. Plutonium) im Meer werden in der Nahrungskette weitergereicht und irgendwann auch uns erreichen. **Radioaktivität kennt keine nationalen Grenzen!**

„Offizielle Expert*innen“ weisen immer wieder darauf hin, dass die Mengen gering und die gemessenen Strahlenwerte gesundheitlich unbedenklich sind. Das ist – wie schon oben ausgeführt – reine Irreführung und soll nur der Beruhigung dienen.

Das zeigt sich auch daran, dass in Japan die Grenzwerte nach der Katastrophe mehrfach heraufgesetzt wurden, um nicht noch mehr Menschen evakuieren zu müssen und die bäuerliche Nahrungsmittelproduktion nicht ganz zum Erliegen zu bringen und um Arbeiten an den Reaktorruinen zu ermöglichen.

Und wenn wir jetzt nach Japan schauen, stellen wir mit großer Freude fest, dass der Widerstand dort sprunghaft gewachsen ist. Mehrmals gab es in letzter Zeit Demonstrationen mit über 200 000 Teilnehmer*innen. Bei einer Kyoda-Umfrage sprach sich eine Mehrheit von 55,2 % der Befragten gegen die Wiederinbetriebnahme von Atomreaktoren aus.

Im April 2014 verkündete der heutige Regierungschef Shinzo Abe, der auf seiner Europareise Berlin besuchte, den Ausstieg aus dem Ausstieg. Mehr als drei Jahre nach der Nuklearkatastrophe will Japan die Atomanlage Sendai des Betreibers Kyushu Electric Power – zwei stillgelegte Atomreaktoren – wieder hochfahren. Und zwar in der Nähe eines aktiven Vulkans. Derzeit werden Stück für Stück die japanischen AKW sicherheitstechnisch nachgerüstet, um danach wieder ans Netz zu gehen.

Im Fall Fukushima ist die Betreiberfirma Tepco (Tokyo Electric Power Company) inzwischen Pleite. Bisher hat die japanische Regierung – nach Presseberichten – über 26 Milliarden Euro in Tepco reingesteckt. Damit ist Tepco de facto verstaatlicht. Entschädigungen, Kosten für die Stilllegung und Entsorgung der zerstörten Reaktoren, sowie die Lagerung des Atommülls/der Brennstäbe werden nun von den japanischen Steuerzahler*innen getragen werden müssen.)

Die japanischen Konzerne Toshiba, Hitachi und Mitsubishi sind weiterhin am internationalen Bau von AKW beteiligt.

Wenn jetzt in Deutschland von „Ausstieg“ und „radikaler Energiewende“ geredet wird

Wenn die noch 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für AKWs zurückgenommen wurde, wenn die ältesten 7 AKWs und das AKW-Krömmel stillgelegt worden sind, ist das sicher einerseits ein Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes der anti-AKW-Bewegung, andererseits ist es bitter, dass es dafür einer weiteren Katastrophe bedurfte, und wir empfinden das ganze Gerede vom „Ausstieg“ und von „Energiewende“ als dreiste Lüge und Irreführung, als Zynismus und Menschenverachtung, z.B.

- wenn in Deutschland 9 AKWs weiterlaufen dürfen (ab Januar 2016 sollen schrittweise weitere stillgelegt werden, spätestens am 31. Dezember 2022 sollen keine AKWs in Deutschland in Betrieb sein), d.h. 11 Jahre garantiertes Restrisiko und ständige Belastung auch durch den sog. Normalbetrieb, und jederzeit die Möglichkeit zum Wiedereinstieg,
- wenn so eine weitere Anhäufung von nicht entsorgbarem Müll produziert wird,
- wenn Uranabbau, Weiterverarbeitung und Forschung weiter laufen, z.B. wenn in Gronau (Uran-Anreicherungsanlage (UAA)) und in Lingen (Brennelementfabrik) unvermindert die Produktion von Atombrennstoff für den internationalen Markt weiter läuft und die Vielzahl von Atomforschungszentren (z.B. auch die Forschungsreaktoren: Helmholtz-Zentrum Berlin, TU-München-Garching, Universität Mainz-Institut für Kernchemie) vom Atomausstieg ausgeschlossen sind,
- wenn die Bundesregierung über Hermes-Bürgschaften rund um

den Globus Investitionen in Atomprojekte absichert (verändert sich zur Zeit ständig), „Die Bundesregierung schließt trotz Atomausstieg hierzulande die Förderung deutscher Firmen beim Bau neuer Atomkraftwerke im Ausland nicht aus. Das geht aus einer Antwort der Regierung an die Grünen hervor. Das Bundeswirtschaftsministerium erklärte, der Atomausstieg in Deutschland habe auf die souveräne Entscheidung anderer Staaten, Nukleartechnologie zu nutzen, keine Einfluss.“ (junge Welt, 13.08.2012)

- wenn Materialien für Bau und Betrieb von Atomanlagen hergestellt und exportiert werden, und deutsche Firmen und Banken (z.B. Hypo Vereinsbank) am Bau und Betrieb in anderen Ländern beteiligt sind (verändert sich zur Zeit ständig),
- wenn Atomstrom importiert oder exportiert wird,
- und wenn weltweit etwa 436 Reaktoren in Betrieb (141 in Europa), 64 im Bau, 163 in Planung sind. (Januar 2013, www.world-nuclear.org/info/reactors.html, verändert sich ständig), „Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) resümiert, die Kernenergie ist wieder ein globaler Wachstumsmarkt.“³
- und wenn die sog. Energiewende unter kapitalistischem Kommando stattfinden soll: zentralisiert in Großanlagen (z.B. DesertTech, Off-Shore-Windparks) und im Besitz der mächtigen Konzerne und Banken und Energie weiterhin als Ware, um Profite zu machen, produziert wird.

Es wird ungehindert am internationalen Atomgeschäft weiter mit gemischt!

Norddeutschland ist eine internationale Drehscheibe für Atomtransporte!

In der BRD finden jährlich 500.000 Transporte radioaktiver Stoffe statt. Davon stehen knapp 10.000 Transporte in direktem oder indirektem

Zusammenhang mit der Atomenergienutzung zur Stromerzeugung. Es ist kaum in der Öffentlichkeit bekannt, dass es beim Transport radioaktiver Stoffe in der Vergangenheit bereits zu einer Vielzahl von Transportvorkommnissen bis hin zu Unfällen gekommen ist.“⁴

Auf öffentlichen Druck hin haben sich Städte oder Länder wie z.B. Emden, Wilhelmshaven, Lübeck, Cuxhaven, Rostock, Kiel inzwischen zumindest gegen bestimmte Transporte über ihre Häfen ausgesprochen und diskutieren teilweise über die Möglichkeit einer Entwidmung ihrer Häfen für Atomtransporte.

Über Stadtgebiete von Hamburg, Bremen/Bremerhaven und Rostock gehen fast täglich Atomtransporte – und demnächst wahrscheinlich auch über Nordenham.

Damit ist Norddeutschland eine wichtige Drehscheibe im internationalen Atomgeschäft. Uranoxide, das extrem giftige Uranhexafluorid, unbestrahlte und bestrahlte Brennelemente oder andere Produkte im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomtechnologie werden in den Häfen umgeschlagen und/oder durch die Stadtgebiete transportiert. Empfänger und Absender des atomaren Materials sind Orte in der ganzen Welt, u.a. in: Deutschland, Dänemark, Belgien, Schweiz, Niederlande, Schweden, Großbritannien, Norwegen, Frankreich, Spanien, Kanada, USA, Argentinien, Australien, Südkorea, Russland, Kasachstan, Namibia, Brasilien, Süd-Afrika, Finnland (z.B. auch Brennelemente mit Uran und Plutonium aus Atombomben oder U-Booten. (s. *Süddeutsche Zeitung* vom 15./16. 9. 2012; *Strahlentelex* Nr. 618-621, 4. 10. 2012).

Ein gut florierender weltweiter Handel! Teilentwidmung des Bremer Hafens

Die bremische Bürgerschaft hat am 31. 1. 2012 auf öffentlichen Druck hin die Teilentwidmung (Sperrung) der bremischen Häfen für den Umschlag (nicht aber für den Transit!) von „Kernbrennstoffen“ (nach Definition Atomgesetz §2 Abs. 1) beschlossen. Rot-Grün hat die Teilentwidmung so formuliert, dass der

3– „Die Kernenergie ist wieder da“, Wolfram Weimer, *Handelsblatt*, 27.06.2014.

4– Aus „Studie zu Transporten radioaktiver Stoffe in Bundesrepublik Deutschland.“, Seite 33, Auftraggeber: Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Auftragnehmer: intac – Beratung – Konzepte – Gutachten zu Technik und Umwelt GmbH. Hannover, Februar 2011 – ergänzt im September 2011.

Senat Ausnahmegenehmigungen ohne Beteiligung der Bürgerschaft und völlig geheim erteilen kann. Ein Großteil der Atomtransporte über die Häfen ist aber von diesem Umschlagverbot nicht erfasst. Ca. 80 % der Atomtransporte sind keine „Kernbrennstoffe“, sondern Vorprodukte oder Abfallstoffe der Produktion von Atomenergie.

Die CDU hat gegen diese Teilentwidmung vor dem Staatsgerichtshof geklagt. Am 17. Juni 2013 ist darüber das Urteil gesprochen worden.

Der Bremer Staatsgerichtshof hat den Normenkontrollantrag, mit dem die CDU-Bürgerschaftsfraktion die Entwidmung der Bremer Häfen für den Umschlag von „Kernbrennstoffen“ als rechtswidrig erklären wollte, mit 4 gegen 3 Richter*innen Stimmen als unzulässig zurückgewiesen.

Ebenfalls als unzulässig wurden die beiden Hilfsanträge der CDU zurückgewiesen – das Verfahren aussetzen, um die Streitfrage vom Bundesverfassungsgericht beziehungsweise vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen.

Die Richter*innen wiesen die Klage ab, weil die Länder selbst entscheiden dürfen, was in den Häfen umgeschlagen wird. Damit bleiben die Bremer Häfen für den Umschlag von „Kernbrennstoffen“ weiterhin gesperrt!

Die Hamburger Bürgerschaft hat sich bisher mehrmals dagegen entschieden, die Hamburger Häfen für Atomtransporte zu sperren.

Aber dieses Verbot in Bremen durchzusetzen, ist schon mal ein schöner Erfolg des Anti-AKW-Widerstandes, daran sollten wir anknüpfen und nicht locker lassen.

Unser Kampf ist noch lange nicht zu ende! Wir setzen uns nach wie vor ein :

- für die bedingungslose und endgültige Stilllegung aller AtomAnlagen

und Atomwaffen und der dazugehörenden Infrastrukturen – und auch für die Veränderung der Ursachen – nämlich die gesellschaftlichen Verhältnisse – die solche zerstörerischen Technologien erst ermöglichen, sofort und weltweit!

- Uranabbau, Uranhandel, Urananreicherung, Uranmunition, Urantransporte und alle weiteren Verwendungen des Urans gehören abgeschafft. Uran muss in der Erde bleiben – überall auf der Welt. Ob in Australien, Niger, Gabun, Südafrika, Indien, Iran, Russland, Kasachstan, Kanada oder in den USA.
- Für Export- und Importverbot von Atomtechnik, Atomenergie und Atomwaffen (z.B. auch von Uranmunition).
- Für ein Beteiligungsverbot der deutschen Regierung, deutscher Firmen, Banken und Forschungseinrichtungen an Atomprojekten jeglicher Art weltweit! Keine staatlichen Hermes-Bürgschaften für Atomprojekte anderer Länder!
- für Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland! Für die Vernichtung aller Atomwaffen, weltweit!

nicht nur darum, die Transporte sicherer zu machen. Auch mit den sichersten Transporten wären z.B. Tschernobyl oder Fukushima nicht verhindert worden. Die Transporte müssen immer im Zusammenhang mit ihrer Funktion, den Betrieb von Atomkraftwerken zu gewährleisten, gesehen werden. Atomtransporte verhindern heißt – neben gesundheitlichem Schutz der Bevölkerung – die Atomanlagen stilllegen, und das ist genau unser Ziel.

Bilanz

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren und sind die Ursachen/Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Ermordung mehrerer Millionen Menschen und Zerstörung der Umwelt durch radioaktive Strahlung. Die Sicherheit für die Bevölkerung wird dabei machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen untergeordnet.

Die weltweite Option auf den Einsatz von Atomwaffen ist überhaupt nicht vom Tisch. Und gerade weil der militärische und zivile Aspekt des Atomprogramms nicht zu trennen sind und die japanische Regierung den Aufbau eines Atomwaffenarsenals erwägt, hält sie auch deshalb an der „zivilen“ Nutzung fest. Oder die indische Regierung lässt mit Hilfe von Areva, Rosneft und

Mitsubishi/Westinghouse ihr „zivilen“ Atomprogramm massiv ausbauen, u.a. um so an Plutonium zu gelangen.

NATO und USA beabsichtigen derzeit ihr Atomwaffenarsenal zu modernisieren, was einen erneuten Atomwaffen Rüstungswettlauf auslösen wird. Die deutsche Atomindustrie ist an dem weltweiten Ausbau des Atomprogramms beteiligt. Sie leistet so weiterhin Beihilfe zur Entwicklung



- für die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne und Dezentralisierung der Energie-Produktion und Versorgung!
- für die Herstellung von Energie als Gemeingut und nicht als Ware, um Profite zu machen! Für sparsame und effiziente EnergieNutzung!
- Atomtransporte sind die Achillesferse der Atomindustrie, sie sind für die Atomindustrie von größter strategischer Bedeutung. Es geht



auch der militärischen Nutzung der Atomenergie.

Das Geschäft mit der Atomtechnologie und Atomenergie macht deutlich, wie ganz bewusst mit dem Leben und der Gesundheit von Mensch und Umwelt spekuliert wird. Die Gier nach Profit und Macht geht über Leichen. (Solange alles funktioniert spielt ein abgeschriebenes AKW pro Tag bis zu einer Million Euro ein. Das ist eine reine Gelddruckmaschine.) Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass die Atomtechnologie nicht auf Unwissenheit beruht, kein Fehler, kein Irrtum, auch kein Auswuchs dieser herrschenden Verhältnisse ist, sondern bewusster, konsequenter Ausdruck. Tod und Krankheit sind lediglich Faktoren in der Macht- und Kosten-Nutzen-Rechnung von Industrie und Staat. Für die Konzerne steht ihr Profitinteresse im Vordergrund und dafür nehmen sie Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Umwelt – auch für viele Generationen – billigend in Kauf – die Risiken und Kosten werden dabei vergesellschaftet/auf die Allgemeinheit abgewälzt, die Profite privatisiert! (Kein Versicherungskonzern der Welt ist bereit, die eventuellen Folgeschäden des „Normalbetriebs“ oder einer Katastrophe zu versichern.)

So haben jetzt ganz aktuell die großen Energiekonzerne vorgeschlagen, die deutschen Atomkraftwerke einschließlich der Verantwortung für Abriss, Endlagerung und aller draus eventuell entstehenden Kosten wie

z.B. auch Entschädigungsforderungen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu überführen. Der Staat kann dann bis zum geplanten Ende 2022 zum Nutzen der Staatskasse Strom produzieren.

Die Allgemeinheit hat mit enormen Subventionen den Einstieg und Betrieb bezahlt, soll jetzt auch noch für den Ausstieg und alle Folgekosten aufkommen – wenn es nach dem Willen der großen Energiekonzerne ginge.

Deshalb sollte es in unserem Widerstand nicht nur ausschließlich darum gehen, bestimmte Symptome – wie Atomtechnologie, Gentechnologie, Klimakatastrophe, Rassismus, Nationalismus, Faschismus, Militarisierung der Gesellschaft, Waffenexporte, Krieg, Gentrifizierung, ... zu kurieren, sondern auch immer die Ursachen für diese Symptome – nämlich die kapitalistischen Verhältnisse – anzugreifen und zu verändern. Und genau diese Vorstellung und Praxis wird auch unsere unterschiedlichsten Widerstandsthemen und Widerstandformen zusammenbringen.

Sonst werden wir gegen ein Symptom nach dem anderen kämpfen – ein Leben lang – ohne unserer Utopie von einer menschlichen Gesellschaft, unserer Utopie von Kommunikation, Solidarität und Befreiung, von Selbstbestimmung und Kollektivität einen Schritt näher zu kommen.

Und das führt dann auch oft dazu, dass viele nach einer „revolutionären Lebensphase“, nach sog. „Jugend-sünden“ sich resigniert zurückziehen

und sich in die herrschenden Verhältnisse integrieren, dort Sicherheit und Geborgenheit suchen.

Aber das alles werden wir nicht ausschließlich erreichen durch Analysen, durch Argumente, durch Appelle an die Politiker*innen oder durch juristische Prozesse, sondern: da müssen wir schon selbst Hand anlegen!

Und das heißt auch: die Verantwortlichen für das Atomgeschäft – und damit auch für die vielen Toten und Verletzten – die Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik beim Namen nennen und Wege entwickeln, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Kapitalist*in Vorwürfe machen, empört über bestimmte sog. „Auswüchse“ sein, suggeriert, dass ein humaner Kapitalismus möglich ist. Aber im Rahmen der kapitalistischen Logik ist eine humane Lösung nicht denkbar:

der Kapitalismus macht keine Fehler – er ist der Fehler, und der muss beseitigt werden, damit wir leben können!

*In diesem Sinne Freund*innen, Genoss*innen: wie schon die Alten sangen: Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns von dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!*

*Vorwärts und nicht vergessen die Solidarität!**

Wir sehen uns wieder auf der Straße!

Grundlage für eine Rede am 6. August 2014 in Bremen, Marktplatz, Fritz Störim

Die Legende vom deutschen Oktober 1923

Noch immer, nach 50 Jahren (mittlerweile über 90 Jahren, die Redaktion), spukt die Legende vom „deutschen Oktober“ in den Köpfen, die Legende von der verpaßten oder verratenen Revolution von 1923. Dagegen wird die eigentliche Bedeutung der Zäsur des „deutschen Oktober“ verkannt: die Machtübernahme der Ultralinken in der deutschen Partei, die Liquidierung der bisherigen Erfolge der Kommunisten durch eine Politik, die schließlich in die größte Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung führte.

das Land. Nur die Bolschewiki sanktionierten diese Landnahme.

3. Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse: Die Unterbrechung der Lebensmittellversorgung der Städte und die Schließung der Betriebe durch die Kapitalisten um die Macht der Arbeiterräte zu brechen, führte mit innerer Logik zur „Arbeiterkontrolle der Produktion“ und zur Enteignung der Kapitalisten. Auch diese Maßnahmen wurden allein von den Bolschewiki unterstützt. D.h. da die Mehrheit der Arbeiter und Bauern hinter den Bolschewiki stand, erhielten sie auch die militärische He-

Wir aber meinen, daß die erste Voraussetzung für eine kommunistische Partei und Führung, die zu siegen versteht, die ist, daß sie allen Legendenwust forträumt und wirklich zu lernen beginnt. Solange dieses wirkliche Lernen aus der eigenen wirklichen Geschichte nicht begonnen hat, wird die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse sich immer nur im Kreise drehen, statt fortzuschreiten, und immer neue und immer schwerere Niederlagen werden die Folge sein.

August Thalheimer



Vergleich der Situation: Rußland 1917 und Deutschland 1923

Ein Vergleich der objektiven Lage Rußlands 1917 und Deutschlands 1923 muß aufweisen, wie weit diese Situationen überhaupt vergleichbar waren.

Hauptfaktoren, die die russische Oktoberrevolution begünstigten:

1. Kriegsfrage: Die große Masse der Bauern und Arbeiter war für den Frieden und wollte den imperialistischen Krieg beenden. Nur die Bolschewiki vertraten diese Position.

2. Landfrage: Die Bauern verjagten die Großgrundbesitzer und besetzten

gemonie (allgemeine Wehrpflicht). Der eigentliche Umsturz des Oktober war somit leicht zu vollziehen.

Situation in Deutschland

Der sogenannte Ruhrkampf, die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Armee und der passive Widerstand dagegen, wurde nicht durch die Arbeiterklasse gelöst, sondern von der Bourgeoisie abgebrochen. Vor allem England und die USA hatten ein Interesse daran, die deutsche Bourgeoisie zu unterstützen. (England brauchte ein bürgerliches Deutschland als Gegengewicht zu Frankreich; die USA fürchteten vor allem um ihr in Deutschland investiertes Kapital)

Der Hauptkrisenfaktor des Jahres 1923, die Inflation, wurde von der Bourgeoisie selbst, durch die durchgeführte Stabilisierung der Valuta, liquidiert. Durch diese Zugeständnisse in der Frage der Inflation und des Ruhrkampfes wurde die deutsche Arbeiterklasse gespalten und es gelang der KPD nicht, die Mehrheit hinter sich zu bringen.

Auch die Frage der bewaffneten Kräfte stand anders: Die Reichswehr als Berufarmee war fest in den Händen der Reaktionäre und Konterrevolutionäre.

Die Bauern waren nicht revolutionär. Sie hatten die Inflation benutzen können, ihre Hypothekenschulden loszuwerden, außerdem profitierten sie von der Preisschere, da die Preise für Industrieprodukte weit tiefer gesunken waren als die für landwirtschaftliche.

Es ergibt sich also, daß alle entscheidenden Faktoren die 1917 in Rußland zur Gewinnung der Massen führten, in Deutschland 1923 nicht gegeben waren.

Lage der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung

Im von Frankreich besetzten Gebiet lag die gesamte Schwerindustrie im Rahmen des passiven Widerstands still. Die Arbeiter streikten, aber mit Zustimmung der Kapitalisten, und

sie bekamen die Streikzeit bezahlt. Im übrigen Deutschland hatte zwar die Inflation den Reallohn drastisch gesenkt, aber es gab fast keine Arbeitslosigkeit, da die Industrie durch den betriebenen Schleuderausfuhr florierte.

Die KPD gab in dieser Situation Teilforderungen und Zwischenlösungen heraus wie: Abwälzung der Lasten des Ruhrkampfes auf die Bourgeoisie, Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, Bildung

Lebensmitteln und Stabilisierung der Mark, gestützt wurden.

Der Aktionsplan der Komintern

Auf dem Juniplenium der Exekutive der Komintern war noch keine Rede vom „revolutionären Machtkampf“ in Deutschland. Erst durch die Kampagne der KPD zum Antifaschis-

für den Oktober 1923 war nicht gegründet auf solchen **Tatsachen**, sondern auf der **Spekulation**, daß die Ereignisse in Deutschland vom August ab denselben Gang gehen würden wie vom August bis Oktober in Rußland, d.h. daß inzwischen die Partei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bekommen würde, daß sie die Arbeiter inzwischen genügend bewaffnen könnte und daß der Gegner inzwischen machtlos und zersetzt würde. In Rußland hatte man auf Grund realer Voraussetzungen einen Plan für den Aufstand festgelegt, zwar nicht Wochen vorher, wie Trotzki sagt, aber **Tage** vorher. Für Deutschland aber setzte man das **Monate** vorher fest. Das ist das Entscheidende. Man übertrug das Schema des Oktober 1917 auf Deutschland, ohne daß die Tatsachen vorhanden waren – **spekulativ!** (Thalheimer, Hervorhebungen im Original, d. Red.)

Auch der Eintritt der Kommunisten in die sächsische sozialdemokratische Regierung kam gegen den Widerspruch Heinrich Brandlers zustande; trotz seiner Bedenken, daß in der Arbeiterklasse dafür noch gar nicht die Voraussetzungen vorhanden wären und diese erst zu schaffen seien. Auch die sächsische KPD war mit den Anweisungen des EKKI nicht einverstanden.

In Moskau wurde noch eine weitere wichtige Fehlentscheidung getroffen: man entschied, die Betriebsräte könnten an die Stelle der politischen Arbeiterräte treten.

So wurde Brandlers Konzeption, bei einer Steigerung der Massenbewegung in Deutschland mittels eines Generalstreiks von der Intensivität des Streiks nach dem Kapp-Putsch die kommunistische Machtübernahme einzuleiten, durch die Dekretierung eines – vor allem von Trotzki vertretenen – revolutionären Fahrplans durchkreuzt, dessen Ablauf mit der telegraphischen Anweisung des EKKI an die KPD, Verhandlungen über den Eintritt in die mitteldeutschen Landesregierungen zu eröffnen, am 1. Oktober 1923 beginnen sollte.

Die Situation nach dem Cuno-Streik

Inzwischen hatte sich die Situation, auf der der Aktionsplan spekulativ aufgebaut war, vollständig geändert. Die Bourgeoisie selbst ergriff



Französische Truppen marschieren 1923 in Essen ein

von Kontrollausschüssen für die Preise, die Losung der Arbeiterhundertschaften und als zusammenfassende Losung die der Arbeiterregierung, die, gestützt auf ihre eigenen Klassenorgane, die Arbeiterforderungen durchführen sollte. Durch Teillosungen, Übergangslösungen und Teilkämpfe wurde so die Machtfrage anvisiert, jede Abenteuerpolitik, wie die von den „Linken“ vorgeschlagene Besetzung der Betriebe im Ruhrgebiet unter französischen Bajonetten, aber abgelehnt.

Der Höhepunkt der Massenbewegung von 1923 war der Cuno-Streik. Wie wenig aber auch jetzt die Arbeiterklasse bereit war, unmittelbar um die Macht zu kämpfen, zeigt, daß einige Zugeständnisse genühten um den Streik zu beenden und die Bewegung abflauen zu lassen. Die Bildung der großen Koalition, d.h. der Eintritt der SPD in die bürgerliche Regierung, erweckte in der Arbeiterklasse neue Illusionen, die durch die unmittelbaren Maßnahmen, Heranschaffung von

tentag vom 29. Juli und unter dem Eindruck des Cuno-Streiks setzte die Exekutive die Frage des bewaffneten Kampfes auf die Tagesordnung. Eine Konferenz wurde einberufen. Brandler und andere Genossen kamen bereits Ende August in Moskau an, doch man ließ sich Zeit, sieben Wochen arbeitete man an einem Aktionsplan für die deutsche Revolution, während die Ereignisse in Deutschland weitergingen. „Das Charakteristische an diesem Aktionsplan ist, daß man nicht aufgrund bereits bestehender Tatsachen in Deutschland diesen Aktionsplan entworfen hat, sondern daß man einen Aktionsplan auf Wochen und Monate hinaus entworfen hat aufgrund einer Spekulation über die Ereignisse, die in 4-8 Wochen in Deutschland eintreten sollten oder würden. In Rußland hatte man 1917 einen Termin für den Aufstand festgelegt, nachdem eine Mehrheit für die Bolschewiki in Leningrad vorhanden war, als man der bewaffneten Kräfte dort bereits sicher war, als Karenski abgewirtschaftet hatte, als die Situation reif war. Der Aktionsplan

die Initiative, da ihr klar war, daß ohne Zugeständnisse an die Arbeiterklasse die Revolutionsgefahr wuchs.

In wenigen Wochen gelang es ihr, den Ruhrkampf zu beenden und zu einem Kompromiß mit den französischen Kapitalisten zu kommen. Genauso wichtig war die Beendigung der Inflation und die Einleitung der Stabilisierung durch Einführung der Goldrechnung. „Wenn die Bourgeoisie die Inflation nach August abgebaut hat, so nicht nur wegen der Revolutionsgefahr, die sie mit sich brachte, sondern weil auch die Wirkungen der Inflation von einem bestimmten Punkt ab in ihr Gegenteil umschlugen. Von einem bestimmten Punkt ab mußte die Inflation nicht mehr als Exportprämie wirken, sondern umgekehrt. Die Bourgeoisie hat die Inflationskonjunktur ganz kühl bis zu Ende ausgenützt. Sie ist bis zu dem Punkt gegangen, zu dem man überhaupt gehen konnte, und hat erst dann ganz Schluß gemacht, als die Inflationskonjunktur in die Inflationskrise umzuschlagen begann.“ (Thalheimer)

„Der entscheidende Fehler in der Aktion der Partei liegt darin, daß sie gläubig auf den Aktionsplan, der entworfen worden war, startete, daß sie es unterließ, die **politischen Vorbereitungen für den Kampf um die Macht zu treffen**, daß sie sich **beschränkte auf eine technisch-organisatorische Vorbereitung**. Trotzki hatte erklärt: ‚Die Politik macht der Gegner.‘ Er war der Ansicht, daß der Hauptmangel der Revolutionäre im Westen bisher der gewesen war, daß sie die Bewertung der technischen und organisatorischen Vorbereitung des Aufstandes nicht genügend eingeschätzt hätten. Die Politik hat allerdings der Gegner gemacht, und zwar sehr zweckentsprechend für sich, während eben der Grundfehler der Partei nach dem Cuno-Streik der war, daß sie keine Politik machte, daß sie die **politische Vorbereitung durch Teilkämpfe und Teilaktionen** unterließ und sich beschränkte auf **technischorganisatorische Vorbereitungen**.“ (Thalheimer)

Auf Beschluß der Exekutive erfolgte am 12. Oktober der Eintritt der Kommunisten in die sächsische und kurz darauf in die thüringische Regierung. Die Partei sollte den Regierungsapparat zur Bewaffnung der Arbeiter ausnutzen. Doch die Reichswehr „ignorierte“ diese Tatsache natürlich nicht. Als Böttcher zur Bewaffnung der Arbeiterhundertschaften aufforderte, ließ General Müller mit Zustimmung Eberts die Reichswehr einmarschieren. Es zeigte sich also, daß Brandlers

Widerstand in Moskau berechtigt war. „Nur unter einer Voraussetzung hätte man eine Regierung bilden können, daß man in der Lage war, so zu handeln, wie man als Kommunist und Revolutionär handeln muß, um den Widerstand der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Das kann man aber nur **gestützt auf Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter zur Diktatur, auf die bewaffneten Arbeiter, auf einen bereits siegreichen Aufstand**.“ (Thalheimer)

Am 20. Oktober beschloß die Zentrale **einstimmig**, daß auf Grund des Einmarsches der Reichswehr der Generalstreik, der den bewaffneten Kampf einschloß, ausgerufen werden sollte. Doch dann entschied man, daß man noch den Verlauf der Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober, in der Betriebsrats- und andere Arbeitervertreter wirtschaftliche Fragen beraten sollten, abwarten sollte, um die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. „Auf dieser Konferenz stellte der Genosse Brandler in Übereinstimmung mit der Zentrale die Forderung, die Konferenz solle die Losung des Generalstreiks als Kampflösung gegen den Einmarsch der Reichswehr herausgeben. Wäre dort eine wirkliche revolutionäre Stimmung gewesen, die bereit war zum Machtkampf, dann war klar, daß die Versammlung diese Losung begeistert aufnehmen mußte und dass aus dem Generalstreik der bewaffnete Kampf um die Macht sich hätte entwickeln müssen. Die Wirkung aber war ganz anders. Brandlers Vorschlag fiel in der Versammlung glatt zu Boden. Die Versammlung nahm den Antrag eisig auf. Dann passierte folgendes: Der linke SPD-Minister Graupe trat auf und erklärte, falls die Kommunisten nicht darauf verzichteten, die Frage des Generalstreiks in dieser Versammlung zu stellen, dann würde er mit seinen sieben Leuten die Versammlung verlassen. In einer wirklich revolutionären, kampfentschlossenen Versammlung hätte ein Sturm der Empörung die Flaumacher weggefegt. Aber das Gegenteil geschah. Die Versammlung beschloß daraufhin, auf den unmittelbaren Aufruf zum Generalstreik zu verzichten und statt dessen eine kleine Kommission zu ernennen, die darüber befinden sollte. Es war dies ein Begräbnis dritter Klasse.“ (Thalheimer)

Das hieß, die Arbeiterklasse war gespalten und die Mehrheit stand zwar in einigen Orten, aber nicht in ganz Sachsen und im ganzen Reich hinter den Kommunisten. So beschloß die Zentrale **einstimmig**, d.h. auch mit den Stimmen der „Linken“

und der Kominternvertreter Radek und Pjatakow den Rückzug.

„Wäre dieser Beschluß nicht gefaßt worden, hätte die Partei es auf den Zusammenstoß mit dem überlegenen Gegner ankommen lassen, so wäre von ihr nur noch ein nasser Fleck übriggeblieben. ... Man könnte einwenden, es habe schon mehr Situationen gegeben, wo die Partei mit der Arbeiterschaft gekämpft hat, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Gewiß, wir haben im Januar 1919 gekämpft, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Wir haben auch in München gekämpft, wo jeder wußte, daß es sich nicht um die Erringung des Sieges handelte. Der Unterschied besteht darin: In dem einen Falle war es die große Masse der Arbeiterschaft, die kämpfte, und die Partei durfte in einer solchen Situation die Arbeiterschaft nicht im Stich lassen. Anders ist es, wenn der Kampf sich beschränkt auf die Partei, durch ihre falsche Taktik, durch ihre falsche Einschätzung der Lage. Das würde die Partei nicht fördern in den Augen der Massen, sondern diskreditieren.“ (Thalheimer)

Die Oktoberlegende und ihre Folgen

Auch Sinowjew, der Kominternvorsitzende, hatte der Oktober-Taktik der KPD zugestimmt. Doch im Dezember nannte er ihre Politik eine „*banale parlamentarische Kombination*“. Ursache der Wendung waren die Fraktionskämpfe im Politbüro der KPdSU, die ihre Gründe nicht in machtpolitischen Streitereien, sondern in der schwierigen Lage der Sowjetunion (Auswirkungen des Bürgerkrieges, imperialistische Einkreisung) hatten. Trotzki gegen Sinowjew, Kamenew und Stalin. Trotzki – durch seine Anhänger Radek und Pjatakow – wie auch Sinowjew – unter dessen Vorsitz das EKKI die sächsische Politik beschlossen hatte – erschienen durch den negativen Ausgang des Oktober-Abenteuers belastet. So versuchte Sinowjew die Schuld an der Oktoberniederlage auf die Brandler-Thalheimer-Zentrale abzuwälzen. Unter dem Eindruck einer Rede Radeks, wo dieser erklärte, wenn sich die Mehrheit des Politbüros gegen Trotzki erkläre, stelle sich die Zentrale der KPD hinter ihn, wandte sich Sinowjew endgültig gegen die „Rechte“ in Deutschland und die von ihr und Radek vertretene Auffassung. Das Kräfteverhältnis hat sich objektiv verschoben; der Aufstand

hätte zur vollständigen Niederlage der Partei geführt. Am 27. Dezember wurde Radeks Auffassung durch das Politbüro verurteilt. August Thalheimer schreibt: „Es war einfach die **Folge eines Manövers im innerrussischen Fraktionskampf**. Von dieser Rede Radeks erfahren wir erst sehr viel später. Die Kampagne, das Trommelfeuer, waren in vollem Gange, Maslow usw. waren längst losgelassen, als wir – zur Zeit des 5. Kongresses – in Moskau von der eigentlichen Ursache dieser Wendung erfuhren. Das Eigentümliche dabei ist, daß diese Behauptung von Radek frei erfunden war.“

Die Exekutive der Komintern verhalf den Ultralinken Ruth Fischer und Maslow, zusammen mit Thälmann, Remmele und Neumann zur Führung der Partei. Der ultralinke Kurs erlebte seine erste Steigerung.

Die Oktoberlegende erreichte jetzt ihren Höhepunkt. In einer Resolution des Bezirksparteitages der KPD von Rheinland-Westfalen, unter der Ägide von Ruth Fischer, hieß es: „Die Konferenz erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war. Weder das Ausweichen vor dem Kampf, noch das Ersetzen des Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches war zulässig.“

Trotzki schrieb in seiner Broschüre „Die Lehren des Oktober“: „Noch interessanter ist die Frage der Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober vorigen Jahres. Wir hatten dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine klassische Demonstration der Tatsache gesehen, daß eine ganz außerordentlich günstige revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpaßt werden kann.“

Wir haben anfangs von einer Zäsur in der Entwicklung der deutschen kommunistischen Bewegung gesprochen. Diese tritt einmal in dem massiven Eingriff der von der KPdSU dominierten Komintern in die deutsche Partei, der sich von jetzt ab häufen sollte, andererseits in der Durchsetzung der ultralinken Linie, die schließlich in die Niederlage führen sollte, in Erscheinung.

Die Ultralinke erklärte die Einheitsfronttaktik für falsch und opportunistisch. Auch die Eroberung der Gewerkschaften wurde aufgegeben, Maslow gab die Parole der „Vernichtung der Gewerkschaften“ heraus. Die „Bolschewisierung“ der Partei wurde eingeleitet. Als unmittelbare Aufgabe wurde

erklärt „die Revolution zu organisieren, das Proletariat in dem bewaffneten Aufstand siegreich zu führen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.“ Maslow schrieb: „Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär.“ So wurde innerhalb eines Jahres der große Einfluß der KPD vertan und die Partei isoliert.

Hinter diesen Gegensätzen zur Politik der alten Zentrale stand eine prinzipiell unterschiedliche Einschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei. Während die alte Zentrale im Sinne Rosa Luxemburgs und des marxistischen Kerns des Spartakusbundes die Partei als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchführung der Revolution begriff, dominierte bei der „Linken“ die Auffassung, die Partei müsse nicht Vorhut, „sondern Motor des Proletariats“ sein, sie müsse die Revolution machen.

(Alle Zitate von August Thalheimer sind entnommen der Broschüre **1923: Eine verpaßte Revolution?**, die 1931 im Juniusverlag Berlin erschien).

Anzeige



Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 184 Sommer 2014, 32 S.

- Zum Zustand in der Türkei
- Venezuela: Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Tschechien: Besiegte Sieger
- Machtpoker um die Ukraine
- Die Subventionierung der Ukraine durch Russland
- Faschisten in Kiew?
- Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?

Nr. 183 Frühjahr 2014, 36 S.

- Mindestlohn – ein historisches Ereignis?
- Schwarz-Rote Weltmachtambitionen
- Der Krieg beginnt hier!
- Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine
- Zu den Wahlen in Chile
- Zu Ehren der Verteidiger_innen der Bremer Räterepublik
- Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds

Nr. 182 Winter 2013, 32 S.

- Kein Politikwechsel
- Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung
- Tschechien: geht es weiter bergab?
- Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936
- Schuldenkrise ist die Steuererhebungskrise
- Unsere Jahreskonferenz 2013
- Rezensionen

Nr. 181 Herbst 2013, 28 S.

- Der Angriff auf Syrien
- Der Präsident als Gefahr für die Linke?
- Eine neue Politik für den Norden Koreas?
- Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Sozialisten – Zionisten – Kommunisten

Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert.



Dieses Buch schildert Leben und Handeln einer Familie jüdischer Sozialisten und Kommunisten im vergangenen „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm) und Katastrophen. Der inzwischen 98jährige Theodor Bergmann, Autor zahlreicher Bücher zu agrarpolitischen, historischen und kritisch-marxistischen Themen, beschreibt hier seine persönliche Familiengeschichte, die aber an keiner Stelle unpolitisch erscheint. Der Rezensent ist am Zustandekommen dieser Kurzbiographien nicht ganz unschuldig. Er hatte Bergmann seit Jahren ermuntert, auch die Details seiner außergewöhnlichen Familie vorzustellen.

Erstmals wurden so für diesen Band seltene und bisher unveröffentlichte Dokumente und Porträts zusammengetragen, die vielleicht sonst der Vergessenheit anheim gefallen wären. So z.B. das Porträt der Eltern.

Theodor Bergmann berichtet über die spannende Geschichte, nicht nur „seiner“ Familie, im 20. Jahrhundert und über die Umbrüche, Krisen und Katastrophen, in der diese Generation sich zurechtfinden und handeln musste. Vater Julius Bergmann war ein bekannter Rabbiner in Berlin und Buchautor, liberal und zionistisch, konnte aber keines seiner Kinder zur Religio-

sität erziehen. Die acht Bergmann-Geschwister und die weiteren Mitglieder der Familie Bergmann-Rosenzweig waren ebenfalls außergewöhnliche Menschen, alle Antifaschisten und darunter gleich mehrere bedeutende Wissenschaftler. Sie gehörten einer neuen Generation an, in der Naturwissenschaften und die politische Entwicklung deren Interesse einnahm. Wie andere waren auch die jüdischen Kleinbürger normal situiert, lebten ihre Illusionen, wollten in Ruhe arbeiten und sich staatsbürgerlich emanzipieren. Nicht wenige ignorierten daher die zu erwartenden Stürme. Sie taten ihre Bürgerpflicht, starben fürs Vaterland, glaubten, alle Bürgerrechte beanspruchen zu können.

Ein anderer Teil der deutschen Juden war weitsichtiger und schloss sich der aufsteigenden deutschen Arbeiterbewegung an, die internationalistisch dachte: Man hoffte, die jüdische Frage wie alle nationalen Fragen und alle Unterdrückung durch das Ende aller Nationalismen lösen zu können. Diese große Aufgabe ist bekanntlich bis heute noch nicht gelöst. Der deutsche Faschismus hatte alle Illusionen zerstört. So kam es, dass die nach der widerstandslosen Niederlage 1933 besiegt jüdischen Sozialisten ihren Zionismus aktivierten und mithalfen, in Palästina eine Zuflucht für die Verfolgten und später für die Überlebenden von Auschwitz und Maidanek aufzubauen. Die Einwanderung nach Palästina war für viele alternativlos, da andere Länder für sie verschlossen blieben.

Über dieses Stück deutscher Geschichte berichtet der Autor im ersten allgemeinen politischen Teil des Buches. Dann schildert er biografisch, wie seine Generation aktiv auf den vorläufig siegreichen Faschismus reagierte.

Seine Generation, Geschwister, Vettern, Cousins waren im Deutschland und Österreich-Ungarn groß geworden und kämpften dann an allen Fronten mit, im spanischen Bürgerkrieg, in der tschechoslowakischen Armee unter Ludvík Svoboda, zusam-

men mit der Roten Armee, mit den Engländern gegen Rommels Afrika-Korps, in Palästina bei der Verteidigung der Grenze, in der deutschen Illegalität in der KPD-Opposition. Nach dem Sieg über den Faschismus kehrten nur wenige nach Deutschland zurück, wurden aktiv beim Wiederaufbau der Arbeiterbewegung. Die ältere Generation in der ČSR wurde in Auschwitz und Theresienstadt ermordet. Einige Vettern kehrten nach Prag zurück, halfen dem Sozialismus aufzubauen. In der antisemitischen Welle des Slanský-Prozesses wurden sie entlassen und degradiert, 1956 rehabilitiert und reaktiviert.

1968 unterstützten sie die Reformkommunisten des Prager Frühlings, wurden zum zweiten Mal aus ihren Funktionen entfernt und aus der KPCČ ausgeschlossen. Einer versuchte, von der rumänischen Armee zur Sowjetarmee zu desertieren, kam dabei zu Tode. Ein Familienangehöriger wurde beim Versuch illegal nach Palästina einzuwandern versenkt, auf einem Exodus-Schiff. Einer wurde von der Schweiz an Hitlerdeutschland ausgeliefert und dort ermordet. Die meisten aus dieser Generation blieben in Palästina und halfen, den neuen Staat aufzubauen. Sie blieben auch dort Internationalisten und kritische Israelis, keinesfalls unkritisch gegenüber den dortigen politischen Entwicklungen. Über all diese Menschen berichtet das Buch.

Ein pikantes Detail war mit der ersten Buchpräsentation am 8. Mai in Heidenheim verbunden: Bergmann konnte hier über die Mitglieder seiner Familie berichten, die aktiv in jüdischen Freiwilligenverbänden gegen die faschistische Aggression von Erwin Rommels Afrika-Korps in Ägypten gekämpft hatten (und damit die geflüchteten Juden in Palästina akut bedrohten). Die Lesung geschah auf Einladung einer Geschichtswerkstatt, just dem Ort, an dem Rommel geboren war und welcher sich heute noch mit einem pompösen Rommel-Denkmal für "Hitlers Lieblingsgeneral" Rom-

mel schmückt. Seit Jahren fordert das antifaschistische Heidenheim einen Ab- oder Umbau dieses Schanddenkmals – konnte sich hierbei bisher allerdings nicht gegen eine von der CDU dominierenden Stadtverwaltung durchsetzen.

So bleiben die antifaschistische Erinnerung an die prächtige Familie Bergmann-Rosenzweig eine Verpflichtung, sich derer Kämpfe und Lehren zu erinnern, um Vergangenes nicht wiederholen zu müssen.

Heiner Jestrabek

Theodor Bergmann: Sozialisten
. Zionisten . Kommunisten. Die
Familie Bergmann-Rosenzweig –
eine kämpferische Generation im 20.

Jahrhundert

96 Seiten | Hardcover | April 2014 |
EUR 12.80 | ISBN 978-3-89965-615-2

Im Anfang war: Granin auf Reisen – Wohin?



Unstrittig ist der „legendäre Verlag“ Volk und Welt mittlerweile das bestdokumentierte und -beschriebene Verlags- haus der einstigen DDR; Leonhard Kossuth hat mit seinen Publikationen dafür gesorgt. Namentlich das von ihm über Jahre verantwortete und umsichtig geleitete Lektorat Sowjetliteratur ist für den interessierten Leser erschlossen und aufbereitet. So ist zugleich eine einzigartige Bilanz über das eigene Lebenswerk entstanden. Kossuths aktuelles Buch kann, wie auch das unlängst hier besprochene (vgl. „Arbeiterstimme“ Nr. 182, Winter 2013, S. 27 f.) als ein Unikat gelten: Von ihm verfasste Essays, Vor- und Nachworte zu deutschen Ausgaben von knapp zwei Dutzend Dichtern und Schriftstellern aus der von der historischen Bildfläche verschwundenen Sowjetunion, Interviews mit und Berichte über Lesereisen mit einigen von ihnen – entstanden über Jahrzehnte,

manches auch aus der „Jetztzeit“, – belegen das vielseitige und zielgerichtete Wirken dieses „Akteurs der literarischen Front“. Beeindruckend, mit welcher Beharrlichkeit er, hochbetagt, das selbstgestellte Ziel verfolgt, aus seiner Sicht das Bild einer bedeutenden Institution möglichst umfassend, authentisch zu zeichnen und somit ein Stück Geschichte, auch der Slawistik in der DDR, nicht dem Vergessen anheim fallen zu lassen. L. K. ging es immer darum, den lesefreudigen Bürgern dieses Landes die Sowjetliteratur als das nahezubringen, was sie war: eine multinationale Erscheinung. „In meiner verlegerischen Arbeit fesselte mich die Vielfalt der ‚Sowjetliteratur‘ ..., die Vielfalt der Talente und die Vielfalt der Nationalliteraturen“, bekennt er. In dem „Autorenkaleidoskop“ (mit biobibliographischen Notizen im Anhang), das eingestandenermaßen unvollständig bleiben musste, stehen wohlbekannte Namen wie Granin, Simonow, Aitmatow neben weniger geläufigen wie Sluckis, Grischaschwili, Rytcheu. Kossuths Überzeugung: durch Übertragung ihrer Werke in die deutsche Sprache wird ihre Wirkungsmächtigkeit über die Grenzen der Sowjetunion hinausgetragen (er nennt es Teil ihrer „Weltaneignung“), können die in ihrer nationalen Spezifik bedachten und künstlerisch gestalteten Grundfragen der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Menschheit, die aufgegriffenen menschlichen Verhaltens- und Handlungsweisen über konkrete Umstände hinausweisen, in ihrer Verallgemeinerung völker- verstandend und -verbindend wirken. Jeder einzelne Beitrag ist gleichsam eine kleine Literaturgeschichte, wo der Autor vorgestellt, der jeweilige Roman oder die Gedichte in sein Gesamtwerk eingeordnet, literari-

sche Neuerungen herausgearbeitet, auf Schaffensprobleme aufmerksam gemacht, Erschwernisse, ja zuweilen scheinbar unüberwindbare Hürden bei der Veröffentlichung in der Sowjetunion oder in der DDR benannt werden. Bemerkenswert die fundierten, spannend zu lesenden Ausführungen zu übersetzungstheoretischen und -praktischen Fragen, vor denen der Verlag mitunter stand und wie er diese mit seinen hohen Maßstäben (möglichst Hinwendung zum nichtrussischen Original wie z.B. bei dem Georgier Grischaschwili) meisterte. Rückblickend verweist K. auf die Tatsache, dass letztlich die professionellen Anforderungen in dem von ihm geleiteten Lektorat „hervorragende Literaturwissenschaftler“ und „Meister der Übersetzungskunst“ hervorbrachten. Diese Attribute darf der Verfasser in Gänze für sich in Anspruch nehmen. Das vorliegende Buch mit vielen Bezügen zu aktuellen Vorgängen in der heutigen Gesellschaft, den Ausführungen über weitergeführte Zusammenarbeit mit Dichtern und Schriftstellern Russlands und des postsowjetischen Raums (namentlich Kasachstans – die „Kasachische Bibliothek“ bei der Botschaft dieses Landes in der BRD), über die Pflege persönlicher, einst aus Arbeitsbeziehungen erwachsener, Freundschaften, ist ein trefflicher Beweis dafür. Und: Dieses Buch macht Lust, das eine oder andere so für den deutschsprachigen Leser erschlossene literarische Werk abermals zu lesen.

Sonja Striegnitz

Leonhard Kossuth: Im Anfang war:
Granin auf Reisen – Wohin? Essays
und Gespräche.

NORA Verlagsgemeinschaft. Berlin
2014 380 S.

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,

€ 12,-

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben

von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



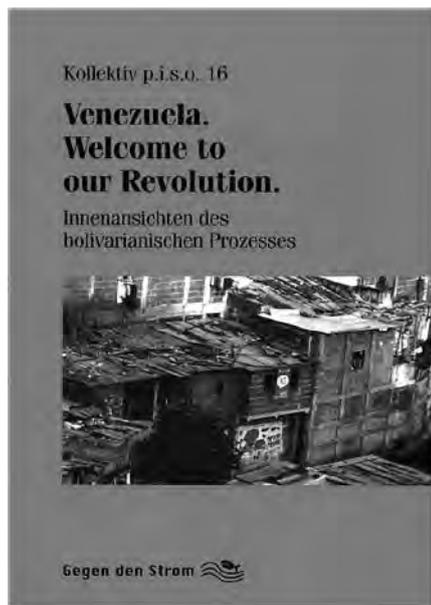
510 Seiten, Paperback,

€ 20,-

ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,

€ 10,-

ISBN 3-9809970-1-4

Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bisher) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



624 Seiten, Paperback,

€ 20,-

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org